



Parlamentssitzung 18. September 2017

Protokoll

Schloss Köniz, Rossstall
19.00 – 22.30 Uhr

Vorsitz Andreas Lanz (BDP)

Anwesend Elena Ackermann (JGK)
Annemarie Berlinger-Staub (SP)
Beat Biedermann (BDP)
Adrian Burkhalter (SVP)
Vanda Descombes (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Anton Eder (CVP)
Thomas Frey (BDP)
Katharina Gilgen-Studer (SVP)
Beat Haari (FDP)
Fritz Hänni (SVP)
Bruno Ineichen (BDP)
Erica Kobel-Itten (FDP)
Hanspeter Kohler (FDP)
Hans Ulrich Kropf (BDP)
Bernhard Lauper (SVP)
Mike Lauper (SVP)
Stefan Lehmann (SVP)

Ruedi Lüthi (SP)
Heinz Nacht (SVP)
Katja Niederhauser-Streiff (EVP)
Astrid Nusch Zanger (SP)
Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Mathias Rickli (Grüne)
Christian Roth (SP)
Elisabeth Rüegsegger (SVP)
Bruno Schmucki (SP)
Arlette Stauffer (SP)
Barbara Thür (GLP)
Werner Thut (SP)
Casimir von Arx (GLP)
Iris Widmer (Grüne)
Markus Willi (SP)
Bernhard Zaugg (EVP)
Reto Zbinden (SVP)

Entschuldigt Christina Aebischer (Grüne)
Cathrine Liechti (SP)

Thomas Marti (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)

Gemeinderat Ueli Studer (SVP), Gemeindepräsi-
dent
Rita Haudenschild (Grüne), Vizeprä-
sidentin

Thomas Brönnimann (GLP)
Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP)

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 21. August 2017	237
2.	Kommissionsersatzwahlen.....	238
3.	Datenschutzreglement; Änderung	238
5.	1714 Motion (FDP.Die Liberalen Köniz) "Anpassungen im Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen"	246
6.	1712 Interpellation (SVP) "Laufende OPR und Mehrwertabschöpfung bei Aufzonungen"	249
7.	1716 Interpellation (Mitte-Fraktion) "Auswirkungen der Senkung einer Mehrwertabgabe"	253
8.	1502 Postulat (Mitte-Fraktion) „Umgestaltung der Gebühren für die Nutzung öffentlicher Schul- und Sportanlagen“	253
9.	1707 Motion (BDP) "Transparenz bei Gemeinderatswahlen - Listenverbindungen abschaffen"	258
10.	1710 Interpellation (SVP) "Arbeitsvergabe in der Gemeinde Köniz"	260
11.	Verschiedenes.....	261

Begrüssung

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Parlaments-sitzung, der letzten vor den Gemeindewahlen am 24. September 2017.

Ich beginne mit einem Zitat von Robert Louis Stevenson: „Die Welt ist mit so vielen Dingen ge-füllt, dass wir alle glücklich wie Könige sein sollten.“ Ich hoffe, dass Sie sich am 24. September alle wie Könige oder Königinnen fühlen dürfen.

Seit der letzten Parlamentssitzung durften Geburtstag feiern: Thomas Marti, Toni Eder, Hans Ulrich Kropf und Bernhard Lauper. Ich wünsche Ihnen alles Gute und viel Erfolg im neuen Le-bensjahr.

Es sind 35 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Heute dürfen wir einen speziellen Gast in unseren Rei-hen begrüssen: Herrn Moritz Müller, Gemeindepräsident von Bowil.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Im Rahmen der Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM) findet heute und morgen ein Job-Tausch zwischen sechs Gemeinden statt, d. h. zwi-schen Köniz und Bowil, Ostermundigen und Wald, Wohlen und Golaten. Heute ist Gemeinde-präsident Moritz Müller bei mir zu Gast. Er begleitete mich während des ganzen Tages und war an sämtlichen Jour-Fixe-Daten dabei. Am Nachmittag nahm er an einem Rundgang durch die Gemeinde teil. Ziel des Job-Tausches ist, dass sich die Gemeinden in der RKBM näher ken-nenlernen. Damit kann das Verständnis füreinander geschärft werden. Der Tag war bis jetzt sehr intensiv und nun folgt noch die Teilnahme an der Parlamentssitzung. Ich weiss nicht, wie es morgen Dienstag in Bowil sein wird, ich freue mich jedenfalls darauf. Nach den Besuchen in den Gemeinden wird in der RKBM eine Auswertung vorgenommen und geprüft, ob dieser Job-Tausch weitergeführt wird. Meiner Ansicht nach ist dies ein guter Anlass für die Förderung des Verständnisses für andere Gemeinden.

Beat Biedermann trifft ein. Es sind 36 Parlamentsmitglieder anwesend.

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Ich heisse Gemeindepräsident Moritz Müller im Namen aller Parlamentsmitglieder herzlich willkommen und wünsche ihm einen interessanten Abend. Gemeindepräsident Ueli Studer gibt nun noch Informationen zur Musikschule Köniz bekannt.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Ich wurde aufgefordert, die Parlamentsmitglieder heu-te Abend über die Situation der Musikschule Köniz zu informieren. Ich werde heute weder Mut-massungen noch Schuldzuweisungen in den Raum stellen.

Der Trägerverein der Musikschule Köniz kämpft aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle in der Administration seit einiger Zeit mit personellen Engpässen, wodurch diese zurückgeworfen wurde. Der Musikschul-Unterricht war nie infrage gestellt worden. Der Vorstand der Musikschu-le Köniz hat, bedingt durch die Ausfälle in der Administration, die KPMG mit der vorübergehen-den Übernahme der Administration und Buchhaltung beauftragt. Zu diesem Zeitpunkt informier-te das Präsidium des Vorstands Gemeinderat Thomas Brönnimann und mich über die Situation. Wir fragten nach, ob die Musikschule Köniz die KPMG finanzieren kann, was vom Präsidium bejaht wurde. Die KPMG nahm ihre Arbeit auf und musste feststellen, dass die Buchhaltung 2017 noch nicht eröffnet worden ist. Das wurde Ende Juni 2017 vorgenommen. Die Rechnung 2016 war zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen, eine Vollständigkeitserklärung wurde von der Präsidentin des Vorstands und dem administrativen Leiter – der damals noch gearbeitet hat – unterzeichnet. Daraufhin nahm die Finanzkontrolle Köniz ein Review vor, das jedes Jahr vorge-nommen wird. Die Rechnung wird jeweils im Sinne eines Review geprüft, d. h. es wird keine vertiefte Abklärung vorgenommen. Die Finanzkontrolle prüfte die Rechnung 2016 stichproben-weise, prüfte die Kontostände und stellte Fragen. Diese Fragen konnten alle beantwortet wer-den.

Die Durchführung der Hauptversammlung (HV) war im Juni 2017 vorgesehen. An dieser HV war auch die Rechnung 2016 traktandiert. Der Vorstand prüfte die Rechnung 2016 vor der HV nochmals und musste feststellen, dass nicht alles klar war und diese nochmals vertieft geprüft werden muss. Deshalb könne es der Vorstand nicht verantworten, die Rechnung 2016 für die HV zu traktandieren.

Der Vorstand kam zum Schluss, die HV auf den 7. September 2017 zu verschieben. Innerhalb der Musikschule löste dieser Entscheid Verunsicherung aus. All die Vorfälle: Der Ausfall von Personal im administrativen Bereich, die Geschichte der letzten zwei Jahre, die Wechsel bei der pädagogischen Schulleitung und die Kommunikation, verstärkten die Krise zusätzlich.

Die KPMG nahm ihre operative administrative Arbeit auf und erarbeitete eine Liquiditätsplanung bis Ende 2017. Aufgrund dieser Planung zeigte sich, dass im September 2017 ein Finanzierungsproblem besteht und die Löhne der Lehrkräfte nicht bezahlt werden können. Diese Situation wurde Gemeinderat Thomas Brönnimann und mir vom Präsidium erläutert. Daraufhin hat der Gemeinderat anlässlich einer Gemeinderatssitzung Frau Verena Berger und Herrn Valentin Lager vom Vorstand der Musikschule Köniz eingeladen, ihre Gesamtsicht darzustellen und den Gemeinderat zu informieren. Für den Gemeinderat war stets klar, dass die Gemeinde die Musikschule Köniz unterstützen und ihr helfend zur Seite stehen wird. Der Gemeinderat verlangte vom Vorstand der Musikschule Köniz die Einreichung eines schriftlichen Gesuchs – im Sinne eines Darlehens – über einen Betrag von 200'000 Franken. Dieses Gesuch über ein Darlehen von 200'000 Franken ist eingetroffen und wurde vom Gemeinderat bewilligt. Für den Gemeinderat war stets klar, dass dieser Beschluss kommuniziert werden muss. In diesem Punkt gingen die Meinungen des Gemeinderats und des Vorstands der Musikschule Köniz auseinander. Ich führte ein persönliches Gespräch mit der Präsidentin, das aufzeigt, dass bei der Musikschule Köniz vieles im Argen liegt, dass man sich in vielem nicht einig ist. Ich spürte, dass der Vorstand sehr vieles zum Wohl der Musikschule unternommen hat und dafür sehr viel Zeit investierte, damit aber auch an die Grenze der Möglichkeiten gestossen ist. Anlässlich dieses Gesprächs sprach ich die Präsidentin darauf an, ob sie sich überlegt habe, zurückzutreten. Sie teilte mir mit, sich dahingehend Gedanken gemacht zu haben, sich jedoch den Zeitpunkt des Rücktritts noch überlegen müsse, weil der Vorstand mit seinen Möglichkeiten am Anschlag ist. Am 31. August 2017 mussten wir per E-Mail Kenntnis vom Rücktritt des Gesamtvorstands nehmen. Die HV war für den 7. September 2017 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt ist auch der Vertrag mit der KPMG ausgelaufen, jedoch war bei der Musikschule Köniz noch kein neues Personal angestellt. Die beiden Vertretungen der Gemeindeverwaltung im Vorstand der Musikschule Köniz, die Herren Daniel Müller und Beat Hostettler, konnten jedoch nicht zurücktreten, da sie durch die Gemeinde gewählt sind.

Aufgrund dieser Vorgaben habe ich einen Antrag an den Gemeinderat vorbereitet und diesen dem Gemeinderat vorgelegt. Mit der Zustimmung zum Beschluss hat der Gemeinderat die Sicherstellung der transitorischen Geschäftsführung der Musikschule Köniz durch die KPMG bestätigt und einen Nachkredit von 42'000 Franken genehmigt. Die KPMG arbeitet aktuell administrativ bei der Musikschule Köniz. Weiter beschloss der Gemeinderat, für die weitere Behandlung des Geschäfts Verein Musikschule Köniz die alleinige Federführung an das Gemeindepräsidium zu übergeben. Grund dafür ist, dass dieses Geschäft finanzielle Aspekte beinhaltet und es wichtig ist, dass die Federführung und die Kommunikation zu diesem Geschäft an einer Stelle konzentriert sind.

Weiter hat der Gemeinderat ein Mandat für die Wiederherstellung einer administrativ und finanziell funktionierenden Musikschule Köniz ausgelöst. Dieses Mandat wurde aufgrund einer Offerte an Alt-Regierungsstatthalter Andreas Hubacher vergeben. Der Gemeinderat beschloss, dass die HV am 7. September 2017 stattfinden soll. Der Gemeinderat beschloss zudem, dass die provisorische Tagesversammlungsleitung durch den Gemeindepräsidenten wahrgenommen werden soll. An dieser HV musste ich die Änderung der Traktandenliste beantragen, was durch die HV genehmigt wurde. Hauptaspekt dieser Versammlung war die Information der Mitglieder über die Massnahmen und die nächsten Schritte.

Die Musikschule Köniz erhielt im Weiteren durch einen Beschluss des Gemeinderats die Zusage, dass die interimistische Übergangsleitung des Vereins durch die Gemeinde Köniz aufrechterhalten bleiben soll. Die HV hat stattgefunden und die durch den Gemeinderat gestellten Anträge sind einstimmig angenommen worden. Die HV war froh über die erhaltenen Informationen und auch der Lehrkörper – der an der HV anwesend war – wurde informiert. Ebenfalls war man froh, dass die sich erst seit Kurzem im Amt befindende, gut funktionierende pädagogische Schulleitung Unterstützung durch die Gemeinde spürt.

Weiter beschloss der Gemeinderat, die Medien zu informieren. Diese Medieninformation haben alle Involvierten vorgängig erhalten, wie auch das Parlament, die Erziehungsdirektion des Kantons Bern als Subventionsgeber und der Verband Bernischer Musikschulen (VBMS). Mit der Erziehungsdirektion des Kantons Bern und mit dem VBMS führten wir auf der Gemeindeverwaltung persönliche Gespräche.

Die eingeleiteten Massnahmen sind: Ein Krisenmanagement-Team ist aufgebaut worden, das unter der Leitung von Andreas Hubacher steht. Ich habe hier die Federführung inne. Die Koordination übernimmt Marianne Keller, Leiterin der Fachstelle Kultur Köniz. Sie ist das Bindeglied der Gemeinde zur Musikschule. Das Team besteht aus Marisa Vifian, Leiterin Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS), Roland Feuz, Leiter der Fachstelle Recht, Pascal Arnold, Gemeindeschreiber, Godi Huber, dem der Fachstelle Kommunikation, und Rita Zellweger, Leiterin der Finanzkontrolle. Weiter nehmen – sofern notwendig – Einsitz: Corinne Windler als pädagogische Schulleiterin und Nick Graf, ebenfalls pädagogischer Schulleiter. Mit dabei sind auch Nicola von Greyerz, Urs Weibel und Hanspeter Hess des VBMS: Diese werden jedoch nur auf Anfrage hin beigezogen. Vom AKVB (Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung) ist Erwin Sommer, Vorsteher AKVB, einbezogen. Es handelt sich um ein sehr grosses Gremium, das in der aktuellen, ausserordentlichen Situation jedoch notwendig ist.

Die eingeleiteten Massnahmen sind der Aufbau des Krisenmanagements und die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe. Es bestehen Kontakte mit dem Kanton Bern, welche ich bereits aufgezählt habe. Zudem ist eine intensive Unterstützung der pädagogischen Schulleitung notwendig. Die pädagogische Schulleitung ist motiviert, die Musikschule Köniz voranzubringen; es ist eine Freude, angesichts der aktuellen Situation eine solche Motivation feststellen zu dürfen. Es geht darum, die Überbrückung der administrativen und operativen Arbeit zu sichern, d. h. die KPMG wird nur so lange eingesetzt, bis neues Personal gefunden ist. Die KPMG-Kosten sind hoch und es muss dafür gesorgt werden, dass die Finanzierung sichergestellt ist.

Es wird sicher eine vertiefte Analyse der Rechnung 2016 vorgenommen und eine Aufarbeitung derselben. Dem Gemeinderat ist sehr wichtig, dass eine offene Kommunikation mit der Schulleitung, mit dem Lehrkörper, mit den Eltern, mit dem Kanton, mit dem VBMS, mit dem Parlament, der Finanzkommission und der GPK stattfindet. Ich habe die Finanzkommission und die GPK bereits informiert.

Auftrag ist auch, dass die Rechnung 2016 möglichst schnell an einer neu einzuberufenden HV beraten und verabschiedet werden kann, damit dieser Rechnungsabschluss vorgenommen werden kann. Dieser Zeitpunkt ist noch nicht bekannt, aber wir gehen davon aus, dass dies noch 2017 der Fall sein wird. Ziel des Gemeinderats ist, dass in der Musikschule Köniz Ruhe einkehrt, dass das – nie infrage gestellte – qualitativ gute Angebot der Musikschule beibehalten werden kann und Lösungsansätze generell bis Ende Jahr formuliert sind.

Ich halte hier Folgendes fest: Ähnliche, wie das hier vom Gemeinderat bewilligte Darlehen für die Lösung des Liquiditätsengpasses sind bereits hie und da für die Musikschule gesprochen worden. Jedoch nicht bereits zu diesem Jahreszeitpunkt, sondern jeweils Ende Jahr. Die Gemeinde ist immer eingesprungen. Im vorliegenden Fall, weil noch keine abgeschlossene Rechnung aus dem Vorjahr vorliegt, bewilligt der Gemeinderat nur ein Darlehen, da er genau wissen will, was Sache ist, das muss analysiert werden. Wenn nun Summen von mehreren 100'000 Franken kursieren, kann ich dies weder bestätigen noch dementieren. Zurzeit habe ich noch keinen Überblick, wie viel effektiv fehlt. Mir ist bekannt, dass für die Sicherung der Liquidität 200'000 Franken notwendig sind; für alles andere sind wir an der Analyse.

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Der Versand der Unterlagen für die heutige Sitzung erfolgte am 24. August 2017, der Nachversand des Protokolls am 7. September 2017.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 21. August 2017

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 21. August 2017 wird genehmigt.

2. Kommissionersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

3. Datenschutzreglement; Änderung Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Die Unterlagen zu diesem Traktandum, der Bericht und Antrag des Gemeinderats sind Ihnen mit den Sitzungsakten zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament. Anschliessend folgt die Detailberatung und zum Schluss die Abstimmung. Mit Mail vom 11.9.2017 habe ich verlangt, dass allfällige Anträge schriftlich einzureichen sind.

GPK-Referent Thomas Frey (BDP): Vor uns liegt der Bericht und Antrag des Gemeinderats für die Änderung des Datenschutzreglements. Die Änderungen ergeben sich aus den Veränderungen der Organisation bei Kanton und Gemeinde Köniz. Der Gemeinderat stellt Antrag für eine entsprechende Anpassung des Datenschutzreglements. Die Begründung und der Lösungsvorschlag liegen vor, ich gehe nicht näher darauf ein.

Die GPK hält hier fest, dass es sich um eine zwingende Anpassung handelt.

Vor uns liegt auch eine juristische Stellungnahme, die die Situation erklärt und auf allfällige Problemkreise hinweist. Gemäss dieser Stellungnahme wird die Änderung entsprechend bejaht. Es gibt auch – im Gutachten erwähnte – Varianten, die jedoch aufwändig sind und deshalb fährt man mit dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Prozedere weiter. Die Änderung löst grundsätzlich keine Kostenfolgen aus. Die Personen, die mit dem vorgeschlagenen System arbeiten werden, unterzeichnen eine entsprechende Vereinbarung, so dass der Datenschutz auch von dieser Seite her gewährleistet werden kann.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Parlamentspräsident Andreas Lanz hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne): Die Informationstechniken bieten viele Möglichkeiten, unser Leben und der Verwaltung effizient zu organisieren. Die einzelnen Personen müssen jedoch vor einem ausufernden Umgang mit Informationen – gerade wenn es um besonders schützenswerte Personendaten wie im vorliegenden Geschäft geht – geschützt werden. Das ist die Aufgabe des Datenschutzrechts. Der Datenschutz bezweckt den Schutz der Persönlichkeit und den Schutz des Grundrechts der Personen, über welche Daten bearbeitet werden. Der Datenschutz ist als Grundrecht in der Kantonsverfassung verankert. Was technisch effizient und wünschenswert ist, widerspricht jedoch oft den Anforderungen des Datenschutzes.

Das Geschäft wird uns vorgelegt, weil der Bestattungs-, Siegelungs-, Testaments- und Erbgangssicherungsdienst (BEST) von der Direktion Bildung und Soziales (DBS) zur Direktion DUB (Direktion Umwelt und Betriebe) gewechselt hat. Will der BEST weiterhin auf die Daten d. h. automatischen Zugriff auf Teile der „Klib“-Applikation haben können, ohne dass die Abteilung Soziales davon weiss oder dies feststellt, ist eine Änderung des Datenschutzreglements notwendig. Wir begrüssen die Schaffung der gesetzlichen Grundlage, die für diesen Zugriff zwingend notwendig ist. Dennoch hegen wir einige Vorbehalte gegen das vorliegende Geschäft. Diese Vorbehalte haben wir mit dem Datenschutzbeauftragten, Herrn Kurt Stöckli und dem Leiter der Fachstelle Recht, Roland Feuz, besprochen. Beide sind uns Rede und Antwort gestanden und dafür bedanken wir uns. Die Zweifel, einerseits wegen des Zugangs selber und andererseits wegen der Umstände dieses Zugangs, konnten dennoch nicht ausgeräumt werden. Ich führe vor Augen um was es geht: Es geht um Daten der Sozialhilfe und um KESB-Daten, auf welche der BEST uneingeschränkt Zugang haben soll. Es handelt sich hier um besonders schützenswerte Personendaten.

Erstens stellen wir infrage, ob der Zugriff von vier Personen auf die gesamten Daten der Abteilung Soziales in Sachen Sozialhilfe und auf die KESB-Daten aufgrund von 400 Todesfällen und 350 Siegelungen pro Jahr überhaupt verhältnismässig im Sinn von Art. 5 der Bundesverfassung ist. Unseres Erachtens kann beispielsweise eine Anfrage per verschlüsselte E-Mail gestellt werden. Im Antrag ist festgehalten, dass viele Rückfragen notwendig sind, damit beide Seiten dieselbe Person meinen.

Dazu kann ich festhalten, dass vorsichtig gearbeitet werden muss und Name und Geburtsdatum korrekt wiedergegeben werden müssen. Der BEST wäre jedoch, um effizient zu arbeiten – das gebe ich zu – darauf angewiesen, dass er durch die andere Direktion umgehend informiert wird. Die Anfrage kann nicht einfach liegen bleiben. Ich kann nicht nachvollziehen, dass hier ein derart erheblicher Mehraufwand entstehen wird, der in Abwägung mit dem Interesse am Schutz dieser Daten den Zugriff rechtfertigen würde.

Zweitens hält die Datenschutzstelle fest, dass der Zugriff heikel ist. Sie ist der Ansicht, dass eine technische Einschränkung notwendig ist, um den Zugriff auf jene Daten zu beschränken, auf welche die Berechtigten Zugriff haben, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Sie hält aber auch fest, dass eine solche Einschränkung zurzeit nicht möglich ist. Die Fachstelle Recht hat uns auf Anfrage hin gesagt, dass eine solche Beschränkung eine technische Sonderlösung für die Gemeinde Köniz implizieren würde und sprach von Kosten von rund 500'000 Franken. Das sei zu teuer und eine solche Aufrüstung sei vom Gemeinderat nicht vorgesehen. So weit so schlecht. Wenn die technischen Einschränkungen nicht vorgenommen werden können, würde – gestützt auf übergeordnetes Recht – Art. 6 Datenschutzverordnung, die so genannte Protokollierungspflicht greifen, d. h. die Zugriffe müssten aufgezeichnet werden. Die Protokollierungspflicht entsteht, sobald die Daten präventiv technisch nicht genügend eingeschränkt werden können. Zwar sind Datenschutzerklärungen vorgesehen, die von den Mitarbeitenden abgegeben werden müssen. Das ist sicher gut, es handelt sich jedoch um eine so genannte organisatorische Massnahme und das genügt nicht: Art. 6 spricht von technischen Massnahmen. Sind mehr Daten vorhanden als für die Erfüllung der Aufgabe notwendig sind, greift die Protokollierungspflicht gemäss Art. 6 als technische Massnahme zwingend, weil der Zugriff unverhältnismässig gross ist. Die Logdaten müssen dann auch aufbewahrt werden. Das heisst in einem vermuteten Missbrauchsfall – ich schaue beispielsweise nach, ob meine Nachbarin Sozialhilfe bezieht – kann mit einer Auswertung der Logdaten nachgeprüft werden, ob mit den Daten auch vertraulich umgegangen wird und nur auf die notwendigen Daten zugegriffen wird.

Mit anderen Worten: Dem BEST kann kein Porsche ohne Fahrtschreiber – sprich ein Online-Abrufverfahren ohne Kontrollmittel – zur Verfügung gestellt werden. Wie will man im Zweifelsfall überprüfen, ob die Mitarbeitenden sich wirklich datenschutzkonform verhalten? Wie gesagt, die Datenschutzerklärung ist gut als organisatorische Massnahme; das System müsste jedoch so aufgebaut sein, dass die nötige Sicherheit auch technisch gewährleistet werden kann, d. h. die Software muss entsprechend nachgerüstet werden.

Einer so grossen Gemeinde wie Köniz steht der Datenschutz gut an, auch um das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden und ihren Umgang mit heiklen Daten zu erhalten.

Fazit: Die Fraktion der Grünen wird dem Geschäft nur dann zustimmen, wenn der Gemeinderat hier verspricht, die Protokollierungspflicht an die Hand zu nehmen.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Iris Widmer hatte regen Kontakt mit der Fachstelle Recht und mit unserem Datenschutzbeauftragten, Kurt Stöckli. Ich halte hier fest, dass die Auslegung von Iris Widmer und von dort, wo sie sich sonst noch informiert hat, nicht dieselbe ist wie die unseres – von Ihnen gewählten – Datenschutzbeauftragten und der Fachstelle Recht der Gemeinde Köniz. Mit der Applikation „Klib-Net“ ist keine Protokollierung möglich, wenn das Programm nicht, wie von Iris Widmer aufgeführt, angepasst wird. Wir sind jedoch der Ansicht, dass das kantonale Recht die Protokollierung nicht zwingend verlangt. In Art. 6 Datenschutzverordnung ist Folgendes festgehalten: „Die verantwortliche Behörde protokolliert die automatisierte Bearbeitung von besonders schützenswerten Personaldaten oder von Personendaten, die einer besonderen Geheimhaltungspflicht unterstehen, wenn die präventiven Massnahmen den Datenschutz nicht gewährleisten können.“ Im Geschäft sind präventive Massnahmen vorgesehen: Jene Personen, die Zugriff auf das System haben, müssen eine Datenschutzerklärung unterzeichnen. Insofern kann hier festgehalten werden, dass eine Sicherung eingebaut ist. Bis anhin sind wir mit diesem System gut gefahren und ich hoffe, dass dies auch in Zukunft so sein wird. Sicherheiten sind eingebaut. Vom BEST haben vier Personen mit grosser Erfahrung Zugriff auf diese Daten. Es gibt immer Möglichkeiten, alles noch besser abzusichern, aber ich halte hier fest: Das Geschäft wurde sehr gut vorbereitet und Sie können diesem zustimmen. Ich bin nicht bereit, heute Abend der Fraktion der Grünen eine Zusicherung abzugeben, dass ein solches wie von Ihnen gewünschtes System eingeführt wird. Das war gar nie diskutiert worden. Die Fraktion der Grünen wird sich wahrscheinlich der Stimme enthalten müssen.

Detailberatung

Das Wort zur Detailberatung wird nicht ergriffen.

Beschluss

1. Die Änderung des Datenschutzreglements wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
2. Die Änderung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: Offensichtliches Mehr

4. Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen - Änderung

Beschluss; Direktion Planung und Verkehr

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Die Unterlagen zu diesem Traktandum, der Bericht und Antrag des Gemeinderats sind Ihnen mit den Sitzungsakten zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament. Anschliessend folgt die Detailberatung und zum Schluss die Abstimmung.

Mit Mail vom 11.9.2017 habe ich verlangt, dass allfällige Anträge schriftlich einzureichen sind.

GPK-Referent Beat Haari (FDP): Der Gemeinderat reagiert mit dem vorliegenden Antrag auf Reaktionen aus der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Mehrwertabschöpfung. Insbesondere im Fall von Auf- und Umzonungen, letztendlich ausgelöst durch die Ortsplanungsrevision, bzw. den Änderungen des Nutzungsplans. Der Gemeinderat nimmt einerseits die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und andererseits die Motion 1714 „Anpassungen im Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen“ ernst, erkennt Handlungsbedarf und legt dem Parlament einen Änderungsantrag zum erst vor 8 Monaten hier im Parlament verabschiedeten und in Kraft gesetzten „Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen“ vor.

Die GPK kann die Reaktion des Gemeinderats grundsätzlich nachvollziehen, sie erachtet es als legitim, ein noch sehr neues Reglement aufgrund neuer Erkenntnisse zu überarbeiten. Die GPK begrüsst es, wenn mit der Anpassung von Art. 4 im Reglement eine Rechtsungleichheit eliminiert werden kann, nämlich indem der Abschöpfungssprung von 0 auf 60'000 Franken abgeschafft werden soll und damit gleichzeitig an die bisherige Praxis angeknüpft wird. Vor der Inkraftsetzung des Reglements wurde die Grenze von 150'000 Franken als Freibetrag gehandhabt. Damit wurden alle gleich behandelt. Ebenfalls begrüsst die GPK die Änderung von Art. 5. Mit dieser Änderung wird Klarheit in Bezug auf die Fälligkeit des Abschöpfungsbetrags geschaffen.

Der GPK ist bewusst, dass mit den beiden Änderungen die Vorgaben aus übergeordnetem Recht sicher grosszügig, aber vertretbar ausgelegt werden. Die GPK geht davon aus, dass die Rechtsprechung diese Interpretationen zulassen wird (wenn man berücksichtigt, dass politisch auf verschiedenen Ebenen berichtigende Vorstösse diskutiert werden, dürfte dies realistisch sein). Zur Kenntnis genommen hat die GPK die interne Weisung des Gemeinderats über die Mehrwertabgabe, hat diese aber nicht diskutiert, da sie vollumfänglich in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Nebst der formellen Prüfung hat die GPK kurz politisch diskutiert. Während einige der Ansicht sind, es handle sich um eine Art Steuergeschenk, sind andere der Meinung, dass es kaum Sinn macht – weil es sich hier um eine Spezialfinanzierung handelt – diese Kasse zu öffnen und mindestens mittelfristig hierfür gar keine Verwendung zu finden.

Abschliessend ist die GPK einstimmig zum Schluss gelangt, dem Parlament die Annahme des Antrags des Gemeinderats zu empfehlen.

Betreffend dem Änderungsantrag des Gemeinderats: Dieser ist von der GPK kurz geprüft worden und sie empfiehlt dem Parlament, dem Änderungsantrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Zum Änderungsantrag des Gemeinderats, den Sie als Tischvorlage schriftlich erhalten haben: In Art. 4 Abs. 5 beantragen wir folgende Änderung: Die Mehrwertabgabe passt sich an den letzten veröffentlichten Stand des *Berner Baukostenindexes* an. Als Ausgangswert gilt der Indexstand bei Erlass der Verfügung.“

In den Stellungnahmen zu den Verfügungsentwürfen zum Mehrwertausgleich wurde mehrfach bemängelt, dass in Art. 4 Abs. 5 der Teuerungsausgleich für die Berechnungen des Mehrwertausgleichs gemäss Massgabe des Landesindex der Konsumentenpreise berechnet wird. Dieser sogenannte Warenkorb eignet sich schlecht für Immobilienbewertungen. Vor allem erhält der Index dann ein höheres Gewicht, wenn die Fälligkeit der Mehrwertabgabe erst Jahre später erfolgt. Für den Einbezug der Teuerung ist wichtig, dass nicht der sogenannte Warenkorb als Berechnungsgrundlage herbeigezogen wird, sondern der Stand der Berner Baukostenindexes, da dieser sich mit Baukosten befasst und nicht mit Waren. Deshalb stellt der Gemeinderat den vorliegenden Änderungsantrag.

Parlamentspräsident Andreas Lanz hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Casimir von Arx (Mitte-Fraktion): Nach der Revision des nationalen Raumplanungsgesetzes und des kantonalen Baugesetzes hat das Könizer Parlament im Januar 2017 ein Reglement zur Festlegung des „Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen“ erlassen. Damals sprachen drei Grundsätze dafür: Erstens werden in der Gemeinde Köniz Mehrwerte auch bei Um- und Aufzonungen abgeschöpft. Zweitens soll sich das Reglement in Bezug auf die Höhe der Abschöpfung an die bisherige Praxis anlehnen, um grössere Ungleichbehandlungen zwischen Vorher und Nachher zu vermeiden. Drittens beträgt der Abgabesatz mindestens 40 Prozent und steigt an, wenn neu eingezontes Land nicht innert nützlicher Frist überbaut wird.

Diese drei Grundsätze haben für die Mitte-Fraktion weiterhin Gültigkeit und auch der Gemeinderat scheint dies so zu sehen. Der Grund, weshalb wir heute nochmals über die Bücher gehen müssen, liegt darin, dass hier noch einige offene Fragen vorhanden sind. Aufgrund der zeitlichen Nähe zwischen den erwähnten Gesetzesrevisionen und der Könizer Ortsplanungsrevision hat es sich so ergeben, dass die Gemeinde Köniz in Sachen Mehrwertabgabe Neuland betritt. Im Rahmen der öffentlichen Auflage sind verschiedene kritische Punkte ans Tageslicht gekommen, die von der Politik aufgenommen worden sind. Klärungsbedarf besteht auf Bundesebene, auf Kantonsebene und in der Gemeinde. In der Gemeinde Köniz drängt aufgrund der Ortsplanungsrevision die Zeit etwas. Es wäre für unsere Gemeinde nicht einfach, zu warten bis Bund, Kanton und auch die Gerichte alle Details geklärt haben werden. Der Gemeinderat schlägt deshalb – so interpretier ich dies – trotz gewissen rechtlichen Unwägbarkeiten vor zu entscheiden, wie die offenen Fragen in der Gemeinde Köniz beantwortet werden.

Der Gemeinderat hat nach Ansicht der Mitte-Fraktion die kritisierten Punkte gut aufgenommen und damit erheblich zur Entschärfung der Kritik beigetragen. Die Schwelle von 150'000 Franken bei Um- und Aufzonungen wird jetzt als Freibetrag anstelle einer Freigrenze ausgestaltet. Damit ist der doch grosse Sprung von 0 auf 60'000 Franken nicht mehr vorhanden. Offenbar wird jetzt mit dieser neuen Regelung die altrechtliche Praxis fortgeführt. Etwas irritierend ist, dass der Gemeinderat im Januar 2017 die Freigrenze bereits mit der Fortführung der altrechtlichen Praxis begründet hat. Vielleicht ist die Frage erlaubt, weshalb der Gemeinderat nicht bereits im Januar die hier beantragte Lösung vorgeschlagen hat. Bei Um- und Aufzonungen wird die Mehrwertabgabe erst dann fällig, wenn tatsächlich gebaut wird; Veräusserungen lösen die Abgabe nicht aus. Absolute Hardcore-Verdichter müssten dies eigentlich ablehnen, damit die Abgabe möglichst früh fliesst und das Geld weg ist. Es ist aber auch so, dass auf einem bereits bebauten Grundstück kurzfristig häufig keine sinnvollen oder praktikablen Ausbau- oder Neubauprojekte möglich sind. Deshalb ist es richtig, dieses Timing den Liegenschaftsbesitzern zu überlassen.

Die Mitte-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu. Die „Weisung über die Mehrwertabgabe“ bringt für Liegenschaftsbesitzer einige ersehnte und beruhigende Antworten. Scheidungen und normale Erbgänge lösen keine Mehrwertabgabe aus und die Solidarhaftung bei Mit- und Stockwerkeigentum wird grundsätzlich nicht angewendet.

Die Mitte-Fraktion hält am Abgabesatz von 40 Prozent fest. Die Mehrwertabgabe ist gerechtfertigt, denn es besteht kein Anspruch darauf, Mehrwerte zu behalten, die durch von der Stimmbürgerbevölkerung beschlossene Planungsmassnahmen herbeigeführt worden sind. 40 Prozent ist nicht zu hoch, denn es bleiben immer noch 60 Prozent beim Liegenschaftsbesitzer, und bei Um- und Aufzonungen liegt der effektive Abgabesatz aufgrund der 150'000-Franken-Regel in vielen Fällen sogar erheblich tiefer. Es ist deshalb auch nicht notwendig, dass der Gemeinderat nun noch zusätzlich besonders konservative Schätzmethode anwendet. Offenbar ist der Mehrwert in einigen Fällen zu hoch eingeschätzt worden. Das ist auch nicht gut. Ziel wäre, den Mehrwert möglichst realistisch festzulegen. Der Ertrag der Mehrwertabgabe wird sinnvoll eingesetzt: Einerseits für die Entschädigung bei Auszonungen, dort werden notabene 100 Prozent des Minderwerts ausgeglichen und nicht nur 40 Prozent. Andererseits braucht die Gemeinde diese Mittel für die hochwertige Gestaltung des öffentlichen Raums. Das ist zentral wenn verdichtet wird, denn sonst ziehen die Leute weg und es entsteht vermehrt Zersiedelung. Eine Senkung der Mehrwertabgabe wie von der FDP-Fraktion in einer Motion gefordert, wäre deshalb klar falsch. Sie wäre auch finanzpolitisch äusserst fragwürdig; denn – wie inzwischen die meisten mitbekommen haben – bahnt sich eine Steuererhöhung an, die sehr viele arbeitstätige Leute und Unternehmen belasten wird. Deshalb ist es eine ziemlich abwegige Forderung, kurz vorher noch grosszügig einige Millionen zu verteilen, von denen nur Einzelne profitieren.

Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP): Zuerst dankt die FDP-Fraktion dem Gemeinderat für die rasche Umsetzung der Änderungen, so dass wir bereits heute über das geänderte Reglement debattieren können und damit auch für die Anerkennung, dass gewisse Änderungen notwendig waren und durchaus sinnvoll sind.

Das Ganze ist auch ein gewisses Lernfeld für uns alle, für die Exekutive, für die Legislative auf Gemeinde- und Kantonsebene. Das Ganze wurde in der Gemeinde Köniz durchgespielt und wurde von anderen Gemeinden eng beobachtet. Zudem dürfen Exekutive und Legislative auch gescheitert werden und man hat hier sehr vieles gelernt. Das Problem ist erkannt worden, das Echo aus der Könizer Bevölkerung ist vom Gemeinderat sehr ernst genommen worden und darüber sind wir sehr froh.

Zum Reglement: Die vorgeschlagenen Änderungen sind zu unterstützen, die im nächsten Traktandum zu diskutierenden Forderungen der FDP-Motion sind ernsthaft geprüft und so gut wie möglich umgesetzt worden. Zur Mehrwertabschöpfung werde ich mich anlässlich der Beratungen zur Motion äussern. Bei der Reglementsänderung sind wir einen grossen Schritt vorwärts gekommen, die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung wird deutlich verbessert, die Ortsplanungsrevision kann ihren Weg weitergehen.

Auch wenn der Gemeinderat erst beim nächsten Traktandum die beiden Motionen im Grossrat erwähnen wird, möchte ich diese bewusst an dieser Stelle noch erwähnen. Beide verlangen eine Änderung im kantonalen Baugesetz. Die Motion Lanz/Thun fordert „neue praxistaugliche Regeln bei Um- und insbesondere Aufzonungen“. Dieser Vorstoss ist sehr allgemein formuliert. Die Motion wurde vom Grossrat erheblich erklärt, es geht in Richtung Änderung des Baugesetzes. Die Motion Haas/Kohler verlangt explizit „dass Verfügungen von Mehrwertabschöpfungen bei Auf- und Umzonungen erst im Zeitpunkt der Realisierung erlassen werden“. Diese Motion wurde erheblich erklärt. Ich erwähne dies hier, weil ich damit festhalten will, dass der Gemeinderat von Köniz sich in unserer Wahrnehmung ziemlich im grünen Bereich bewegt und dies unter anderem dank diesen Motionen, die als solche erheblich erklärt worden sind. Das spricht sehr für die Änderungen im Reglement.

Die nun vorliegende Änderung bezüglich der Schwelle von 150'000 Franken und die Änderung betreffend der Fälligkeit begrüßen wir und stimmen der vom Gemeinderat beantragten Änderung des Reglements zu. Ebenfalls werden wir dem Antrag des Gemeinderats auf Änderung von Art. 4 Abs. 5 zustimmen.

Fraktionssprecher Bruno Ineichen (BDP): Die BDP-Fraktion begrüsst die Anpassungen des Reglements durch den Gemeinderat. Die neue Regelung über die Fälligkeit der Mehrwertabgabe und den Freibetrag befürworten wir auch. Dadurch werden sicher die Interessen der betroffenen Eigentümer berücksichtigt und die Einsprachen können zum Teil erledigt werden. Das sollte schlussendlich zu einer breiteren Akzeptanz und zu einer erfolgreichen Abstimmung der Ortsplanungsrevision führen.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Die SP-Fraktion hat sich intensiv mit den vorgeschlagenen Änderungen des Gemeinderats im vorliegenden Reglement befasst. Sie dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die intensive Pionierarbeit. Die Gemeinde Köniz befindet sich an der Spitze einer Entwicklung, die tastend und etwas erforschend das noch weitgehend unbekannte Gelände gangbar macht. Das bringt Mehrarbeit, Vor- und Rückschritte und Korrekturen mit sich. Herzlichen Dank an die Beteiligten für diese aufwändige Arbeit.

Die SP-Fraktion hat es sich nicht leicht gemacht. Einerseits leuchten uns die Argumente des Gemeinderats ein, die zur beantragten Änderung des Reglements führen, das erst im Januar 2017 beschlossen worden ist. Es erscheint in den Augen der SP-Fraktion folgerichtig, dass die Regelung, wann die Mehrwertabgabe bei Einzonungen und wann sie bei Um- und Aufzonungen fällig wird, im Reglement präzisiert wird. Es zeigte sich, dass Klärungsbedarf besteht, weil Unsicherheiten entstanden sind. Eine rasche Klärung ist hier gut. Dank dem Vorstoss der FDP-Fraktion legt uns der Gemeinderat nun eine schlüssige Lösung vor.

Eine längere Diskussion führte die SP-Fraktion allerdings über den Wechsel von der Freigrenze zum Freibetrag. Es ist zum einen schwer nachvollziehbar, dass bei Überschreiten der Freigrenze von 150'000 Franken ein grosser Sprung passiert. Wer einen Mehrwert von 149'000 Franken erzielt, liefert zurzeit keine Mehrwertabgabe ab, bei einem Mehrwert von 151'000 Franken werden mehr als 60'000 Franken fällig. Die SP-Fraktion fragt sich auch, weshalb diese Tatsache nicht bereits im Januar zu grossen Diskussionen führte. Da hat offensichtlich die Lobby der Grundeigentümer etwas geschlafen und zusammen mit ihr gleich noch das Parlament. Die nachfolgende zu beratende Motion der FDP-Fraktion zeigt, dass die Lebensgeister zu dieser Frage aufgewacht sind und man sich nun wehrt.

In diesem Punkt zugegebenermassen zu Recht, weil auch die SP-Fraktion den Abgabesprung von 0 auf 60'000 Franken als heikel empfindet. Zum anderen stört es die SP-Fraktion jedoch, dass mit dem Wechsel zum Freibetrag, der unbestrittenermassen zu einem gerechteren Mehrwertabgabesystem führt, die Gemeinde künftig Mindereinnahmen gewärtigen muss. Man kann zwar schon der Ansicht sein: Da diese Mittel einer Spezialfinanzierung zugeführt werden, ist das nicht dasselbe wie wenn die Mittel in die Laufende Rechnung gehen. Es ist nun einmal aber so, dass mit diesem Wechsel die Könizer Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer, die ja die Gewinnenden von Ein-, Um- und Aufzonungen sind, weiterhin privilegiert werden. Hier stellt sich die Frage, ob sich die Gemeinde Köniz dies leisten kann, wo wir finanzpolitisch doch etwas schmalbrüstig unterwegs sind. Der Gemeinderat spricht hier vom „Wechsel des Charakters der Schwelle“ und entscheidend in dieser Frage ist nicht ein finanzpolitisches Argument. Für die SP-Fraktion ist entscheidend, dass mit der Ortsplanungsrevision die innere Verdichtung gefördert wird. An gut erschlossener Lage sollen Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen dazu animiert werden, mehr Wohnraum zu schaffen, damit nicht Mehrverkehr entsteht, weil viele an den Ortsrändern wohnen wollen. Somit passt der Charakter des Wechsels zum Freibetrag auch besser auf dieses Ansinnen. Potenzielle Investorinnen und Investoren werden mit einem tieferen Mehrwertabgabesatz und mit dem Freibetrag vermutlich rascher einen Bagger auffahren lassen.

Wir unterstützen deshalb die Überlegung des Gemeinderats und stellen keinen Antrag auf eine Senkung des Freibetrags, auch wenn uns dies gereizt hätte.

Klar ist für die SP-Fraktion jedoch: An der Mehrwertabgabe von 40 Prozent bei Um- und Aufzonungen und bei einer gestaffelt, ab 40 Prozent einsetzenden bei Einzonungen, wollen wir klar festhalten. In den Augen der SP-Fraktion ist selbstverständlich, dass sich Grundeigentümer, die durch Grundordnungsänderungen einen Vorteil geniessen, mit einer Mehrwertabgabe an den Aufwendungen des Gemeinwesens beteiligen. Es sei am Rand erwähnt, dass sie bei Auszonungen für ihren Schaden zu 100 Prozent entschädigt werden und damit immer noch einen guten Schnitt machen. Nur am Rand ist auch erwähnt, dass auch die FDP-Fraktion die Abgabehöhe an der Januarsitzung mit mindestens zwei von vier anwesenden Stimmen unterstützt haben muss, das lässt zumindest die Analyse des Protokolls der damaligen Sitzung vermuten. Dass die FDP-Fraktion nun im Nachhinein die Mehrwertabgabe bereits wieder in ihrer Höhe infrage stellt – zumindest kann dies der Motion entnommen werden –, empfindet die SP-Fraktion doch etwas als widersprüchlich und schwer nachvollziehbar und dürfte wohl mehrheitlich unter Wahlkampf und Bedienung des eigenen Wählersegments abgebucht werden. Das ist zwar nicht ganz illegitim, führt aber trotzdem zu Fragen.

Die SP-Fraktion unterstützt die Änderungen im vorliegenden Reglement.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Wer A sagt, muss auch B sagen oder er kann einsehen, dass A falsch war. Das hat nun der Gemeinderat mit der Änderung des Reglements vorgenommen und wir bedanken uns für diese Flexibilität. Als Nebenbemerkung: Das Alphabet hat noch weitere 24 Buchstaben.

Die Fraktion der Grünen legt grossen Wert darauf, dass die Mehrwertabgabesätze – 40, allenfalls 45 oder 50 Prozent – beibehalten werden. Das ist eminent wichtig, weil die Erträge in eine Spezialfinanzierung fliessen, aus welcher Aufwertungen des öffentlichen Raums finanziert werden. Verdichtung gelingt nur, wenn alle etwas davon haben und alle haben etwas davon, wenn der öffentliche Raum im verdichteten Raum aufgewertet wird. Erst dann kann eine Zustimmung zur Verdichtung gefunden werden.

Das im Januar 2017 beschlossene Reglement hatte drei Mängel. Der erste war, dass kein Friststillstand vorgesehen war. Wenn eine Einsprache gegen einen Bauentscheid weitergezogen wird und deshalb Fristen verpasst werden, muss der Eigentümer gemäss dem von uns damals beschlossenen Reglement 45 oder allenfalls 50 Prozent Mehrwertabgabe bezahlen. Dieser Mangel ist entdeckt und im nun vorliegenden Reglement behoben worden. Der zweite Mangel war die Fälligkeit bei Um- und Aufzonungen und der dritte Mangel die Schwelle anstelle eines Freibetrags. Die letzten beiden Mängel haben wir Parlamentsmitglieder damals nicht gefunden und auch die Verwaltung nicht. Auch im Grossrat muss dies nun aufgrund der Erfahrungen in der Gemeinde Köniz korrigiert werden, da auch dort dieser Fehler nicht gefunden wurde. Für die Fraktion der Grünen ist logisch, dass die Fälligkeit der Abgabe erst bei der Schnurgerüstabnahme passiert. Damit kann die Mehrwertabgabe zusammen mit dem Bau finanziert werden und die Höhe der Mehrwertabgabe kann viel genauer und präziser berechnet werden. Der zweite noch nicht behobene Mangel: Die Schwelle ist ungerecht. Es gibt den Fall, dass bei zwei identischen Liegenschaften – die eine fällt aufgrund der Exposition knapp unter die Grenze von 150'000 Franken, die andere knapp darüber – für die eine 60'000 Franken fällig werden und für die andere 0 Franken. Das ist offensichtlich ungerecht.

Wir fragen uns, wie es zu diesen Mängeln kommen konnte. War dies eine zu enge Auslegung des übergeordneten Rechts? Es ist interessant, dass erst der Widerstand der Betroffenen zu einer – ich nenne dies so – kreativeren Rechtsauslegung führte, die mir einleuchtet. Wenn die Gemeinde frei ist, überhaupt einen Mehrwertausgleich bei Um- und Aufzonungen zu verlangen, ist sie auch frei, den Zeitpunkt und die Modalität mit dem Freibetrag selber zu bestimmen. Das ist in meinen Augen eine gute Argumentation.

Deshalb unterstützt die Fraktion der Grünen die Korrektur grossmehrheitlich. Damit werden Ungerechtigkeiten und Härtefälle eliminiert. Details, gerade bei Scheidungen und der massgebende Zeitpunkt des Verkaufs, sind in einer detaillierten Weisung geregelt. Hier halte ich fest, dass man darüber staunen kann, an was man alles denken muss. Die neue Lösung wirkt auch weniger preistreibend auf die Liegenschaftspreise als das aktuell gültige Reglement und entspricht offenbar auch besser der vorher gelebten Praxis. Plakativ kann festgehalten werden, dass im Januar 2017 einer von niemandem bemerkten indirekten Steuererhöhung zugestimmt worden ist. Sie wurde nie angewendet und nun wird sie bereits wieder rückgängig gemacht. Das führt jedoch gegenüber dem heutigen, gerade noch geltenden, allerdings nie angewendeten Reglement zu Mindereinnahmen in der Spezialfinanzierung.

Die Fraktion der Grünen wird dem Antrag des Gemeinderats grossmehrheitlich zustimmen.

Fraktionssprecher Bernhard Lauper (SVP): Schön, wenn ich ein Votum halten kann, das mehr Antworten als Fragen beinhaltet. Ob dies neue Erkenntnisse des Gemeinderats sind, ob es sich sogar um Pionierarbeit handelt, ob aufwändige Arbeiten notwendig waren, ob jemand geschlafen hat oder ob Mängel passiert sind. Dazu kann ich hier festhalten: All dies wäre nicht passiert, hätte man auf die SVP-Fraktion gehört. Wir haben bereits im Januar 2017 ausgeführt, dass 20 Prozent Mehrwertabschöpfung genug sind. Wir hätten heute einen viel ruhigeren Abend verbringen können.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats vollumfänglich zu. Wir haben bereits im Januar festgehalten, dass eine Mehrwertabgabe von 40 Prozent zu hoch ist und einen entsprechenden Antrag gestellt. Damals wollte man, aus mir nicht erfindlichen Gründen, nicht auf uns hören, dazu waren andere wahlkampfaktische Dinge nötig, um weiterzukommen. Schlussendlich sind nun etwa dort, wo wir hingelangen wollten.

Erklärtes Ziel der Ortsplanungsrevision ist die Innenentwicklung und die Erkenntnis, dass diese mit dem im Januar beschlossenen Reglement gefährdet ist, kam zwar spät; aber sie kam immerhin. Wenn nun von Steuergeschenken die Rede ist, sehen wir das entschieden nicht so. Die Förderung von Innenentwicklung kann zwar als Ziel dargestellt werden, schlussendlich müssen Liegenschaftsbesitzer und Hauseigentümer bereit sein, diese Entwicklung mitzumachen. Mit der Senkung der Abgabe sehen wir eine deutliche Verbesserung gegenüber dem bestehenden Reglement. Die Spezialfinanzierung wird zwar weniger geäufnet, für die Gestaltung des verdichteten öffentlichen Raums muss jedoch keine hoch geäufnete Spezialfinanzierung vorhanden sein.

Zusammenfassend: Die Anpassung des Reglements über den Ausgleich von Planungsvorteilen ist eine Errungenschaft für alle Beteiligten. Nicht nur für die Hausbesitzenden, sondern für die gesamte Ortsplanungsrevision, die das Ziel der inneren Verdichtung beinhaltet. Es ist aber auch für die Bau- und Entwicklungstätigkeit im Könizer Markt gut.

Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen. Wir sehen, dass es damit viel mehr Gewinner als Verlierer gibt. Ebenso werden wir dem Änderungsantrag des Gemeinderats zu Art. 4 Abs. 5 zustimmen.

Toni Eder (CVP): Eine Frage: Im Änderungsantrag des Gemeinderats ist der Begriff „Berner Baukostenindex“ aufgeführt. Es gibt die Begriffe Berner Wohnbaukostenindex, Schweizerischer Baukostenindex und dort gibt es den Grossraum Espace Mittelland. Wenn schon geändert werden soll, muss dies richtig vorgenommen werden, weil sonst nochmals geändert werden müsste. Ich bitte hier klar festzuhalten, was gemeint ist. Wahrscheinlich wäre der geeignetste Begriff der „Baukostenindex Espace Mittelland“ des Bundesamts für Statistik.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Zuerst danke ich herzlich für die positiven Voten. Die gute Aufnahme der Reglements Anpassungen freut mich sehr.

Richtig ist die Feststellung, dass der Gemeinderat einen Lernprozess durchgemacht hat. Die Einsprachen sind von uns sehr ernst genommen worden. Anpassungen sind vorgenommen worden, nicht nur im vorliegenden Reglement, sondern auch in der Nutzungsplanung und aktuell sind wir am Schutzplan.

Eine der Schwierigkeiten unseres Reglements war, dass die Einzonungen sowohl auf nationaler wie auch auf kantonaler Ebene klar geregelt sind, bei Um- und Aufzonungen jedoch vom Bund an den Kanton geschoben worden sind und vom Kanton an die Gemeinden. Der Spezialfall Köniz wurde auf diesen Ebenen nicht bedacht, denn die Gemeinde Köniz nimmt in der laufenden Ortsplanungsrevision fast keine Einzonungen vor, sondern vor allem Um- und Aufzonungen. Ich denke, das ist eine der Hauptschwierigkeiten.

Zu den Fragen:

Casimir von Arx fragte, wieso der Freibetrag nicht bereits im Januar vorgelegt worden ist, sondern die Freigrenze. Das ist auf Seite 2 des Berichts des Gemeinderats beantwortet: „Bei der Erarbeitung des Könizer Reglements wurde die Höhe dieser Schwelle autonom, (d. h. anders als im kantonalen Baugesetz) festgelegt, ihr Charakter eines Schwellenwertes wurde aber vom kantonalen Recht übernommen.“ Wir waren der Ansicht, dass wir in Bezug der Höhe der Schwelle über eine gewisse Autonomie verfügen würden, nicht aber in Bezug auf den Charakter.

Zu Toni Eder: Er fragte, ob der Begriff Berner Baukostenindex richtig ist oder ob nicht der Begriff „Baukostenindex Espace Mittelland“ die bessere Lösung in Art. 4 Abs. 5 sei. Der Begriff „Berner Baukostenindex“ ist auch im Musterreglement des Kantons festgelegt. Bei der Erarbeitung unseres Reglements lag dieses Musterreglement noch nicht vor und deshalb wurde jener Begriff eingefügt, den wir normalerweise nehmen. Aufgrund der Rückmeldungen wurde dies nun gemäss dem Musterreglement des Kantons korrigiert.

Zu den Mindereinnahmen, die von einigen bedauert werden: Ziel der Ortsplanungsrevision war nie, zusätzliche Einnahmen zu generieren, sondern unser gemeinsames Ziel war stets die Siedlungsentwicklung nach innen und der Erhalt unserer attraktiven Grünräume. Die sogenannten Mindereinnahmen sind potenzielle Mindereinnahmen, denn wir können nicht voraussagen, ob diese wirklich eintreffen werden oder nicht. Bei Um- und Aufzonungen sind wir von 10 Prozent ausgegangen, die in den nächsten 15 Jahren voraussichtlich realisiert werden.

Zum Thema Geschenk an die Grundeigentümer: Wie in der öffentlichen Auflage festgestellt worden ist, realisierten die meisten Grundeigentümer nicht, dass sie ein Geschenk erhalten. In der öffentlichen Mitwirkung haben diese nicht mitbekommen, dass das entsprechende Quartier aufgezonzt wird. Die Um- und Aufzonungen wurden nur in speziellen Quartieren vorgenommen, um die innere Verdichtung zu fördern und die Abklärungen dazu sind sehr sorgfältig erarbeitet worden. Man kann sagen, dass die Liegenschaftsbesitzer dies nicht gefordert haben. Den Begriff Geschenk stelle ich hier infrage. Normalerweise wollen Investoren verdichtet bauen, wie beispielsweise im Bereich Thomasweg und es ist klar, dass diesem Investor entgegengekommen wird. Wie wir im Nachgang feststellten, war das in der Ortsplanungsrevision Passierte nicht von allen gewünscht.

Ich freue mich, wenn Sie dem nun vorliegenden Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen zustimmen werden.

Detailberatung

Art. 5

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Eine Bemerkung zu Art. 5 Abs. 3: Bei teilweiser Überbauung oder Veräusserung des Landes wird die Abgabe anteilmässig fällig.“ In Art. 5 Abs. 1 geht es um Einzonungen und in Abs. 2 um Um- und Aufzonungen. Bei Abs. 3 ist meiner Ansicht nach nicht klar, auf was sich die Begriffe „teilweise Überbauung“ oder „Veräusserung des Landes“ beziehen. Die Fachstelle Recht bestätigte mir, dass dies wie folgt zu verstehen ist: Die „teilweise Überbauung“ bezieht sich auf Abs. 1 und Abs. 2. Die „teilweise Veräusserung des Landes“ bezieht sich nur noch auf Abs. 1. Wenn das nun korrekt im Protokoll wiedergegeben wird und man sich in Zukunft darüber streitet, wie Abs. 3 wirklich gemeint ist, kann man auf das vorliegende Protokoll zurückgreifen.

Beat Biedermann ist eingetroffen, somit sind 36 Parlamentsmitglieder anwesend.

Beschluss

Art. 4 Abs. 5 des Reglementsentwurfs wird wie folgt geändert: ⁵ Die Mehrwertabgabe passt sich an dem letzten veröffentlichten Stand des **Berner Baukostenindex** an. Als Ausgangswert gilt der Indexstand bei Erlass der Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Beschluss

1. Die Änderung des Reglements über den Ausgleich von Planungsvorteilen wird mit der beschlossenen Änderung angenommen.
2. Die Änderung tritt am 1. Dezember 2017 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

5. 1714 Motion (FDP.Die Liberalen Köniz) "Anpassungen im Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen"

Beantwortung und teilweise Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

Hanspeter Kohler (FDP): Wir danken dem Gemeinderat nochmals für die ausführliche Beantwortung der vorliegenden Motion. Jede Forderung von a bis f wurde vertieft gemäss geltendem Recht geprüft, inklusive die Freiräume, die nun durch die Motionen grüner – oder besser – geworden sind. Das Ganze kann nun flexibler und praxisnäher gestaltet werden.

Zu Punkt 6 der Antwort des Gemeinderats, wo er sich zu den einzelnen Buchstaben äussert:

Buchstabe a hat sich nun erledigt, das muss nicht mehr diskutiert werden. Wir stimmen der Erheblicherklärung als Postulat zu

Buchstabe b: Diese Forderung ist erfüllt, sie kann als erfüllt erklärt und abgeschrieben werden.

Buchstabe c: Diese Forderung ist nach der vorhergehenden Abstimmung nichtig, da die Forderung aufgenommen und vom Gemeinderat als erheblich erklärt worden ist.

Buchstabe d: Dazu hat sich die SP-Fraktion dahingehend geäussert, dass der Abgabesatz bei 40 Prozent belassen werden soll und die geforderte Senkung auf 20 Prozent als Wahlkampfaktik zu bezeichnen ist. Die SP hat ihre Klientel und wir unsere, das ist ja nichts Schlechtes.

Die Motionäre halten hier bewusst an der Motion fest. Wir wollen sehen, wie die Stimmung per heute, 18. September 2017 im Parlament zu der geforderten Senkung auf 20 Prozent ist. Es geht darum, dass die generelle Akzeptanz erhöht werden kann. Man will ja verdichtet bauen. Zudem würde es helfen, das Ganze besser umsetzen zu können. Man kann hier festhalten, dass die Gemeinde mit 40 Prozent gute Erfahrungen gemacht hat, nichtsdestotrotz bleiben wir hier bei der Forderung 20 Prozent. Darüber soll abgestimmt werden, denn damit wird klar wie die Stimmung dazu ist.

Buchstaben e Grundeigentümer und f Anmerkung im Grundbuch: Hier sind wir mit der Antwort des Gemeinderats einverstanden. Dem Antrag, Buchstabe e erheblich zu erklären und abzuschreiben, können wir zustimmen, auch dem Antrag, Buchstabe f als erheblich zu erklären.

Zusammenfassend: Die FDP-Fraktion erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats und der Umsetzung der Motion sehr zufrieden.

Einzig in Buchstabe d der Motion lehnen wir den Antrag des Gemeinderats auf Ablehnung der Motion ab. Wir wollen hier die Stimmung im Parlament sehen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Aufgrund der Annahme des Reglements, beantragt der Gemeinderat, die Buchstaben a, c und f der Motion gleichzeitig abzuschreiben.

Bei der Beantwortung der Motion ist man davon ausgegangen, dass diese vor der Beratung des Reglements traktandiert wird. Und deshalb fehlen diese drei Anträge.

Hanspeter Kohler (FDP): Eine Anmerkung zum Antrag, Buchstabe f nun gleichzeitig abzuschreiben: Wieso kann dieser nun gleichzeitig zur Abschreibung beantragt werden? Ich sehe dafür keinen Grund.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Buchstabe f ist ebenfalls im Reglement festgehalten und deshalb ist dieser Punkt aus unserer Sicht erfüllt. In Art. 5 Abs. 4 ist festgehalten: „Bei Veräusserungen gilt als Fälligkeitszeitpunkt der Tagebucheintrag im Grundbuch oder wenn kein solcher erforderlich ist, der Eintritt der neuen Rechtslage.“ Im Bericht ist auf Seite 9 festgehalten: „Im Grundbuch soll also das gesetzliche Grundpfandrecht zu Gunsten für Dritte im Grundbuch ersichtlich und dem Kern des Anliegens der Motionäre wird nachgekommen.“ Deshalb sind wir der Ansicht, dass die Forderung erfüllt ist.

Hanspeter Kohler (FDP): Damit es für alle klar ist, beantragen wir hier, Buchstabe f als Postulat erheblich zu erklären und wenn alles klar uns erfüllt ist, ist es auch erledigt.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Der Gemeinderat beantragt Ihnen die gleichzeitige Abschreibung. Es liegt jedoch an Ihnen, diesen Antrag abzulehnen.

Fraktionssprecher Hans Ulrich Kropf (BDP): Wie bereits in Traktandum 4, gibt die Mehrwertabschöpfung Anlass zu Diskussionen.

Die BDP-Fraktion nimmt zu Buchstabe d wie folgt Stellung: In Traktandum 4 hat das Parlament mit der Änderung des Reglements über den Ausgleich von Planungsvorteilen einem Abgabesatz von 40 Prozent zugestimmt. Deshalb sehen wir es nur widerwillig, bereits im nächsten Traktandum alles wieder über den Haufen zu werfen. Möglicherweise ist solches gar nicht zulässig.

Die BDP-Fraktion wird allen Punkten gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Werner Thut (SP): Dieser Kuchen ist weitgehend gegessen, es gibt nur noch Buchstabe d, die Senkung der Mehrwertabgabe, Anlass zu Diskussionen.

Generell begrüsst die SP-Fraktion die verschiedenen Anpassungen und Präzisierungen, die hier vorgenommen worden sind.

Wir folgen dem Gemeinderat in seinen Anträgen auf der ganzen Linie. Wir hatten einiges Unschöne zu verdauen gehabt, das ist jedoch nicht weiter tragisch.

Einen Punkt möchte ich speziell kommentieren: Die Gemeinde Köniz benötigt zusätzliche Einnahmen, das ist uns allen klar. Aus der Sicht der SP-Fraktion geht es nicht darum, mit der Ortsplanungsrevision fiskalische Ziele zu verfolgen, d. h. Haushaltsanierungsmassnahmen einzubauen, weil es hier „grad gäbig geit“. Zu gegebener Zeit werden wir entsprechende Anträge stellen; jedoch nicht hier.

In diesem Sinn und Geist auch die zweite grosse Frage, die Absenkung des Abgabesatzes auf 20 Prozent. Das ist ein Ansinnen in die andere Richtung, man kann dem auch unverfälschte Privilegiensicherung oder Wahlkampfaktik sagen. Das ist unserer Ansicht nach nicht nötig. Wir haben den Satz nun lange Zeit bei 40 Prozent belassen und damit sind gute Erfahrungen gemacht worden. Uns scheint, dass man diesen Satz belassen und kein Experiment starten sollte, weil es hier „grad gäbig geit“, Rechtsgleichbehandlung hin oder her.

In dem Sinn und Geist finden wir vor allem: Es geht uns nicht nur um die potenziellen Minder-einnahmen, denn es geht nicht um sehr viel Geld, sondern es geht vielmehr um Symbolisches, um ein Zeichen, das gesetzt wird. Selbst für viele Grundeigentümer riecht dies nach einer weiteren Privilegierung für jene die es gar nicht nötig haben. Wir sind der Ansicht, dass wir solches nicht brauchen, sondern dass damit die ganze Ortsplanungsrevision belastet wird.

In dem Sinn zeigt der Gemeinderat mit seinen Vorschlägen unseres Erachtens sehr viel politisches Augenmass. Die Parlamentsdebatte geht in die gleiche Richtung. Genau das brauchen wir in der aktuellen Situation. Wir brauchen keinen Antrag wie Buchstabe d der Motion, sondern vielmehr Augenmass nach links und rechts. Die heutige Debatte lässt mich hoffen, dass wir in sachlichere Gewässer fahren. Das ist für die Ortsplanungsrevision nötig. Hoffentlich hält der heute zu spürende Konsens an.

Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Motion. Wir stimmen den Anträgen des Gemeinderats zu.

Wahrscheinlich ist dies selten oder noch nie vorgekommen, dass dem Parlament dasselbe Reglement innert eines Jahres zweimal für Änderungen vorgelegt werden muss. Dafür ist einerseits die vorliegende Motion verantwortlich, wie auch andere Vorstösse aus dem Parlament, andererseits aber vor allem die Reaktion der betroffenen Grundeigentümer auf die Verfügungen zum Mehrwert im Rahmen der Ortsplanungsrevision. Weder der Gemeinderat noch das Parlament waren sich im Januar 2017 sicher, was genau beschlossen worden ist. Offensichtlich war dies auch der Grossrat des Kantons Bern nicht. Schlauer werden kann man jedoch immer. Die Korrekturen sind im Gang, der Gemeinderat hat Grösse gezeigt und ist schnell auf das Problem eingegangen; dafür sei ihm gedankt.

Die Ortsplanungsrevision sieht Verdichtungen vor und das muss in Zukunft in der ganzen Schweiz geschehen, das ist Gebot der Stunde, darin sind wir uns alle einig. Jedoch bereits einen Mehrwert abschöpfen zu wollen, bevor überhaupt ein Projekt geplant ist, damit wird verdichtetes Bauen in Zukunft gefährdet. Viele Grundeigentümer werden dankend auf Aufzonungen verzichten. Man hätte jedoch nicht nur verdichtetes Bauen gefährdet, sondern gleichzeitig die ganze Ortsplanungsrevision. Das hat der Gemeinderat erkannt. Die Gemeinde Köniz ist die erste Gemeinde, die so umsetzt; andere Gemeinden haben sistiert und warten ab, was in der Gemeinde Köniz und im Grossen Rat passiert.

Zu den einzelnen Buchstaben:

In Buchstabe a stimmen wir dem Antrag des Gemeinderats zu. Ich denke, es ist wichtig, dass die Fälligkeit der Abschöpfung erst eingezogen wird, wenn ein konkretes Projekt besteht.

In Buchstabe b stimmen wir dem Antrag des Gemeinderats zu, ebenfalls in Buchstabe c.

Zu Buchstabe d: Anlässlich der Parlamentssitzung vom 16. Januar 2017 haben wir Antrag auf Senkung der Mehrwertabgabe auf 20 Prozent gestellt und haben dem Änderungsantrag als einzige Fraktion zugestimmt. Nun sind jedoch Änderungen vorgenommen worden, auch in Bezug auf den Freibetrag. Mit einer Mehrwertabschöpfung von 40 Prozent und einem Freibetrag von 60'000 Franken ergibt dies – wie im Reglement beschrieben – 150'000 Franken Freibetrag. Mit 20 Prozent Mehrwertabschöpfung und 60'000 Franken Freibetrag ergäbe dies neu 300'000 Franken Freibetrag. Damit hätte man leben können. Da die FDP-Fraktion an einer Mehrwertabgabe von 20 Prozent festhält und wir dies im Januar 2017 gefordert haben, stimmen wir dem Antrag der FDP-Fraktion zu.

In Buchstabe e stimmen wir dem Antrag des Gemeinderats zu.

In Buchstabe f bin ich nicht sicher, ob die Motion erfüllt ist. Die Motion verlangt eine Sicherstellung des Mehrwerts und eine Ersichtlichkeit im Grundbuch. Im Reglement ist jedoch festgehalten, dass der Fälligkeitszeitpunkt gemäss dem Zeitpunkt des Grundbucheintrags ist. Deshalb empfehle ich Ihnen, der Erheblicherklärung als Postulat zuzustimmen.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Die Fraktion der Grünen wird am Abgabesatz von 40 Prozent festhalten, d. h. wir werden Buchstabe d ablehnen.

Ich rufe in Erinnerung: Der Mehrwert ist ohne Zutun der Grundeigentümer entstanden, diese haben dafür keinen Finger gekrümmt und deshalb soll dieser mindestens teilweise ausgeglichen werden. 60 Prozent des Mehrwerts gehen immer noch zugunsten der Grundeigentümer.

Wenn es der FDP-Fraktion mit dem Abgabesatz von 20 Prozent wirklich ernst wäre, hätte ein Antrag gestellt werden müssen, in dem festgehalten ist, was man genau will. Zurzeit ist unklar, ob man diesen Abgabesatz nur auf Einzonungen will oder nur bei Um- und Aufzonungen. Ich behaupte hier, dass Hanspeter Kohler ein schlechter Taktiker ist: Wird Buchstabe d angenommen, bedeutet dies nichts anderes als dass das Reglement in diesem Jahr zum dritten Mal geändert werden müsste. Deshalb verstehe ich nicht, dass die SVP-Fraktion für Annahme plädiert. Hier fehlt es an Taktik und vielleicht spielt der Wahlkampf hier eine Rolle. In der vorliegenden Form ist die Abstimmung um Buchstabe d nichts anderes als eine Befindlichkeitsumfrage. Ich bitte Sie um Ablehnung von Buchstabe d.

Hanspeter Kohler (FDP): Die Abstimmung über die Änderung des Reglements fand im vorhergehenden Traktandum statt und die Mehrwertabgabe von 20 oder 40 Prozent war nicht Teil der Abstimmung. Lasst uns nun darüber abstimmen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke erneut für die Voten und die positiven Rückmeldungen. Darüber, dass nun über die Senkung des Abgabesatzes von 40 auf 20 Prozent abgestimmt werden soll, bin ich erstaunt. Mit dieser Änderung müsste das Reglement nochmals überarbeitet werden. Der Gemeinderat ist den Grundeigentümern bereits in diversen Punkten entgegengekommen. Es sind nicht nur in Bezug auf den Mehrwert Anpassungen vorgenommen worden, sondern auch im Nutzungsplan. Es besteht zudem die Möglichkeit, die Mehrwertschätzungen zu verfeinern, indem der Gebäudewert miteinbezogen wird. Das wäre eine zusätzliche Möglichkeit, den Grundeigentümern noch weiter entgegenzukommen. Wir haben jedoch immer wieder erwähnt, dass dies nicht unserer Praxis entsprechen würde.¹ Zum Zentrum Köniz Nord haben wir 2016 gegen 40 Verträge mit einer Mehrwertabgabe von 40 Prozent abgeschlossen. Es wäre somit eine Ungleichbehandlung dieser Grundeigentümer, wie auch vieler anderer, wenn nun auf 20 Prozent gesenkt würde.

Deshalb bitte ich Sie, Buchstabe d der Motion abzulehnen.

Beschluss

Buchstabe a der Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Beschluss

Buchstabe a des Postulats wird abgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

¹ An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung gemacht.

Beschluss

Buchstabe b der Motion wird erheblich erklärt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Beschluss

Buchstabe b der Motion wird abgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Beschluss

Buchstabe c der Motion wird erheblich erklärt.

Abstimmungsergebnis: Offensichtliches Mehr

Beschluss

Buchstabe c der Motion wird abgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Beschluss

Buchstabe d der Motion wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 23 Stimmen für Ablehnung, 12 Stimmen für Erheblicherklärung

Beschluss

Buchstabe e der Motion wird erheblich erklärt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Beschluss

Buchstabe e der Motion wird abgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Beschluss

Buchstabe f der Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Beschluss

Die Abschreibung der Motion, Buchstabe f wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen gegen Abschreibung, 15 Stimmen für Abschreibung

6. 1712 Interpellation (SVP) "Laufende OPR und Mehrwertabschöpfung bei Aufzonungen"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Mehr als 10 Parlamentsmitglieder stimmen der beantragten Diskussion zu. Die Diskussion wird gewährt.

Bernhard Lauper (SVP): Zuerst danken wir den Verfassern der Antwort auf unsere Interpellation.

Bevor ich auf die einzelnen Punkte eingehe, erläutere ich die Ausgangslage, die zur Einreichung der Interpellation führte: Die Ortsplanungsrevision ist ein riesengrosses Projekt, das seit nun bald 10 Jahren in Bearbeitung ist. Ich bin der Ansicht, hier sollte man bald einmal zum Schluss gelangen. Ich bin seit 2014 im Parlament; seitdem haben einige Diskussionen darüber stattgefunden und ich habe einige Unregelmässigkeiten festgestellt. Das ist der Grund für den vorliegenden Fragenkatalog.

An der bereits viel zitierten Januarsitzung wurde der – ebenfalls viel zitierte – Antrag auf die Reduktion der Mehrwertabschöpfung gestellt. Der Gemeinderat argumentiert hier unter anderem damit, dass eine Reduktion aus Gründen der Gleichbehandlung mit bereits vollzogenen Geschäften und Projekten hier nicht überall gut ankommen würde. Zudem würde darauf geachtet, dass realistische Grundlagen – Liegenschafts- und Bodenpreise – für die Ermittlung des Mehrwerts herbeigezogen werden. Keine Fraktion unterstützte im Januar unser Anliegen.

Wir vermuteten damals, dass der Antrag aus der Sicht von einigen Fraktionen zwar Sinn machen würde, aus parteipolitischen Gründen jedoch nicht unterstützt werden kann. Mit dem Fortschritt der Ortsplanungsrevisions-Prozesses wurden die Liegenschaftseigentümer über ihren voraussichtlichen Mehrwert informiert. Ebenso wurde der Schutzplan offenbart und spätestens zu diesem Zeitpunkt sind viele Einsprachen eingereicht worden. Die Betroffenen erklärten sich mit den Verfügungen nicht einverstanden und wünschten Antworten auf ihre Fragen.

Das war für uns Grund genug, die in der Interpellation aufgeführten Fragen zu stellen. Auf die Antworten des Gemeinderats darauf gehe ich nun ein:

Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

Erstens stellten wir die Frage, ob der vorgesehene Kredit für die internen Aufwendungen der Ortsplanungsrevision ausreicht. Die Antwort lautete, dass für interne Aufwendungen kein Kredit beschlossen worden ist. Das ist wahrscheinlich so, durch die geänderten Rahmenbedingungen und Verzögerungen ist der Aufwand sicher viel höher als dereinst geschätzt worden ist. Genauere Angaben, wie hoch die internen Aufwendungen geschätzt worden sind, mit welchen Ressourcen der Aufwand bewältigt wird oder in welchem Umfang vor allem die personellen Vorräte und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, verschweigt der Gemeinderat jedoch. Wir hätten uns hier Antworten erwartet, die darauf eingehen, damit ersichtlich wird, wie hoch der interne Aufwand ist und was erledigt werden muss.

Dieselbe Frage haben wir zu den externen Aufwänden gestellt. Diese liegen, so schreibt der Gemeinderat in seiner Antwort, im Rahmen der bewilligten Kredite – Kredit plus Nachkredit plus Unterstützung durch den Kanton. Davon stehen gemäss Gemeinderat per Mitte 2017 noch 110'000 Franken zur Verfügung. Das soll für die Deckung der noch zu erwartenden Aufwände genügen. Beiläufig konnten wir feststellen, dass für die Deckung von Aufwänden Mittel aus der Laufenden Rechnung beansprucht werden, dies ohne genauer zu erfahren, in welchem Umfang.

Wir fragten noch nach dem Bearbeitungsaufwand, den die zahlreichen – 340 – Einsprachen generieren. Auch hier gibt der Gemeinderat dahingehend Entwarnung, dass trotz der Einsprachenflut alles auf Kurs ist. Grundsätzlich können die Einsprachen und die Einspracheverhandlungen verwaltungsintern bearbeitet respektive durchgeführt werden.

Zusammengefasst: Wir erklären uns von den Antworten auf die ersten drei Fragen leicht erstaunt. Wir fragen uns, ob die Könizer Verwaltung derart viele Personalreserven hat, um dem doch grossen Aufwand begegnen zu können. Ursprünglich ging man einmal davon aus, die Ortsplanungsrevision der Stimmbevölkerung 2012 vorzulegen. Was macht das Personal nach dem Abschluss der Ortsplanungsrevision? Muss dann Personal abgebaut werden?

Eine Frage, die Vermutungen und Spekulationen offenlässt: Beinhaltet der bewilligte Kredit derart viel Reserve? Wurde dieser nicht bereits viel zu hoch beantragt? Dazu erhalten wir keine Antworten. Was nicht gefragt wird, muss nicht beantwortet werden. Damit wird jedoch Raum für Spekulationen gelassen.

Die Fragen 4 und 5 beziehen sich vor allem auf den Landschaftsschutz und Landschaftsschongebiete. Dazu bezieht der Gemeinderat klar Stellung, wer dies zu verantworten hat. Er hält fest, dass der Gemeinderat oberste Instanz der Ortsplanungsrevision ist und er die Verantwortung für das ganze Geschäft trägt. Über diese Antwort sind wir froh. Wir vermissen hier jedoch eine Stellungnahme, wie es trotzdem zu diesen vielen Einsprachen kommen konnte. Dazu gibt es keine genaue Antwort. Wir merken hier an: Bei der gesamten Landschaftsschutz- und Landschaftsschongeschichte – was die Landwirtschaft betrifft – wurde kein Landwirt beigezogen. Man spricht zwar von Fachpersonen, aber einen praktizierenden Landwirt, der das Ansinnen hat vom seinem Produkteerlös zu leben und nicht nur von Beiträgen oder allenfalls von Eintritt in die Könizer Ballenberg-Umweltarena, wurde niemand eingeladen. Es wurde nicht versucht, eine dahingehende Mitwirkung anzustreben. Man wurde vor Tatsachen gestellt. Die Eingaben in die Mitwirkung sind grossmehrheitlich unbeantwortet geblieben. Die öffentliche Auflage führte – wie bekannt – zu einem Eklat mit zahllosen, bis heute noch unbeantworteten Einsprachen.

Frage 5 habe ich in dem Sinn bereits unter Frage 4 kommentiert.

Wir fragten auch, wie die Bodenpreise zustande gekommen sind, die als Grundlage für die Mehrwertabschöpfung dienen. Diese sind gemäss Antwort durch ein ausgewähltes Expertenbüro festgelegt worden. Wir fragen uns aber, ob das ausgewählte Zürcher Unternehmen mit Zürcher Marktkennntnissen und Wurzeln und einem Tätigkeitsgebiet in vor allem renditeorientierten Bereichen, nicht Mühe hat, Bodenpreise in Gebieten wie Schlatt, Oberscherli oder in der Scherliau zu bewerten. Die beiden Mitarbeitenden in der Berner Niederlassung mit vielleicht etwas Zürcher Touch wissen vielleicht nicht genau, wo die Scherliau ist. Auf unsere Frage, ob die Einschätzung auf Richtigkeit hin geprüft worden ist, wird geantwortet, dass die erhobenen Landpreise aufgrund der sogenannten „effektiv beobachtbaren Transaktionen“ plausibel sind.

Eventuell können uns die Verwaltung oder der Gemeinderat noch einen Beleg nachreichen, ob solche Landpreise - über 1'000 Franken für den Quadratmeter Bauland – überhaupt einmal im Schlatt oder in der Scherliau gehandelt worden sind. Private Bewertungen von betroffenen Eigentümern haben bis zu viermal tiefere Werte ergeben. Ohne einen schriftlichen Beleg können wir so hohe Preise nicht glauben. Ebenfalls schwer verständlich ist für uns, dass ein Gremium wie unser Gemeinderat mit seiner grossen Erfahrung und seinem Fachwissen solche utopischen Preise überhaupt an die betroffenen Grundbesitzer herausgeben konnte. Auf diese Feststellung hin gab der Gemeinderat seine Interpretation bekannt: Es gebe noch eine Schätzungsunsicherheit und dass praxiserprobte Modelle vorhanden sind, die dem zugrunde liegen. Für uns ist es ein mehr oder weniger unbeholfener Versuch, ein Stück Verantwortung vom Gemeinderat an eine Expertengruppe wegzuweisen, die dort eingesetzt worden ist.

Als festgestellt worden ist, dass viele Einsprachen eingereicht werden, wurden die Gebiete mit dem grössten Gefahrenpotenzial pragmatisch und einfach aus der Ortsplanungsrevision gestrichen.

Zum weiteren zeitlichen Ablauf kann der Gemeinderat nicht genau Stellung nehmen. Er stellt in Aussicht, dass die Volksabstimmung 2018 erfolgen soll. Das Geschäft überlässt er in diesem Fall dem nachfolgenden Gemeinderat. Wir haben Antworten auf unsere Fragen erhalten und heute sind wir einen grossen Schritt weitergekommen. Wir sind auch in Sachen Mehrwertabschöpfung weitergekommen. Offen sind noch Landschaftsschutz- und Landschaftsschongebiete. Dazu ist noch nicht bekannt, wohin es führen wird.

Auch uns ist bewusst, dass die Ortsplanungsrevision sehr komplex und riesengross ist. Jedoch sollte in absehbarer Zeit zum Schluss gekommen werden, weil: Wenn kein Ende geplant ist, wird es nie eines geben.

Werner Thut (SP): Den Worten von Bernhard Lauper habe ich sehr gut zugehört. Er hielt unter anderem fest, dass aufgrund der Massnahmen und den Ausführungen des Gemeinderats Raum für Spekulationen vorhanden ist. Ich habe den Eindruck, dass – was immer der Gemeinderat auch sagt – die SVP-Fraktion einen Kommentar dazu abgibt. Deshalb wollen wir einen etwas anderen Akzent zu den Einschätzungen der SVP-Fraktion abgeben.

Uns scheint, dass der Gemeinderat in seiner Antwort verschiedene Entwicklungen und Entscheidungen in einen grösseren Zusammenhang stellt, was nützlich und offensichtlich auch notwendig ist. Die einzelnen Fragen beantwortet er nach unserer Einschätzung präzise, wo es nötig ist und kurz und knapp, wo es um Binsenwahrheiten geht und es eigentlich nichts dazu zu sagen gibt. In der Sache erklären wir uns von der Antwort des Gemeinderats sehr befriedigt. Nach neun Jahren ist der Gemeinderat in Bezug auf den Rahmenkredit von 2008, zuzüglich eines Nachkredits von 2013, klar auf Kurs. Dazu kommen noch interne Aufwendungen. Ich denke, es ist auch fair hier festzuhalten, dass das Parlament jährlich das Budget sorgfältig prüft und gutheisst und auch die Rechnung prüft. Was von Bernhard Lauper als interner Kredit infrage gestellt wird, das sehen wir jährlich und genehmigen dieses. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass es sich bei der Ortsplanungsrevision schweizweit um Neuland handelt. Ein Blick über die Schweizer Grenzen hinaus: Ich sah kürzlich einen Dokumentarfilm über die Zersiedelung, Verschandlung und Umweltzerstörung, die in den letzten 20 Jahren in Frankreich passiert sind. Einmal mehr ist mir bewusst geworden, dass wir hier in der Gemeinde Köniz etwas Grossartiges tun.

Wir stellen fest, dass der Gemeinderat bei dem überaus aufwändigen, anspruchsvollen, langjährigen Produkt mit der Einschätzung des Planungsaufwands realistisch ist und die Arbeiten umsichtig abwickelt.

Zwei Kommentare: Generell fällt auf, dass die SVP-Fraktion die Kosten der Ortsplanungsrevision sehr genau wissen will. Genau hinschauen finden wir grundsätzlich sehr gut. Es ist die Aufgabe des Parlaments und von uns allen, dies konsequent zu tun. In dem Sinn ist in der SP-Fraktion fast jede Interpellation auch wirklich willkommen. Uns käme nie in den Sinn, das Recht auf Einsprachen, Beschwerden, etc. auch nur im Geringsten infrage zu stellen. Auch wenn dies die SVP-Fraktion zurzeit intensiv mit allen schönen und – manchmal auch mit unschönen – Mitteln vornimmt. Deshalb liegen so viele Einsprechen und Beschwerden vor. Nicht ganz ohne Ironie ist aber, dass jetzt ausgerechnet die gleiche Partei maliziös nach den Kosten fragt. Einerseits wird den Kosten mit dem Einreichen vieler Einsprachen Vorschub geleistet, andererseits wird dann nach den Kosten gefragt. Solches kann zwar vorgenommen werden, irgendwie sollte das aber eine gewisse Balance beinhalten. Aus der Sicht der SP-Fraktion so viel: Der Rechtsstaat hat seinen Preis und eine professionelle Verwaltung hat auch ihren Preis. Das ist wahrscheinlich allgemein nachvollziehbar und dank den Antworten des Gemeinderats etwas klarer als vorher.

Der zweite ins Auge springende Punkt: Die SVP-Fraktion stellt Fragen zu Sachen, die in unseren Augen selbstverständlich sind. Etwa wenn Frage 4 gestellt wird, wer für die Ausscheidung der Schon- und Schutzgebiete zuständig ist. Oder wer – Frage 5 – für die Auflagen im Baureglement zuständig ist. Dafür muss unserer Ansicht nach nicht der Gemeinderat bemüht werden, sondern wir alle wissen, dass dafür der Gemeinderat zuständig ist. Man könnte fast auf die Idee kommen, dass manchmal auch andere Absichten dahinterstecken als nur der Erhalt konkreter Informationen zu einzelnen Sachverhalten. Man spielt manchmal auch etwas auf Personen und das wäre nicht schön. Wie es so schön heisst: „Ein Schelm, der Böses dabei denkt.“ Umso mehr schätzen wir die Antwort des Gemeinderats, die sachlich präzise ist und unaufgeregt im Ton. Genau das brauchen wir in diesem Moment, wo verschiedene Interessen lauthals mitgeteilt werden und man sich mit allen Mitteln zu Wort meldet. Umso mehr schätzen wir auch die Antwort des Gemeinderats, die uns ausgewogen erscheint und eine gute Einschätzung dessen gibt, was ist. Umso mehr freut mich, dass wir in der Debatte nun einen Konsens gefunden und wir hier im Saal viel erreicht haben.

Elena Ackermann (JGK): Zuerst danke ich dem Gemeinderat, der Verwaltung und den externen Fachpersonen für die umfangreiche Arbeit zur Ortsplanungsrevision. Ich kann mich der Einschätzung der SP-Fraktion anschliessen: Die Fraktion der Grünen ist von der ausgewogenen Ortsplanungsrevision überzeugt. Jedenfalls jetzt noch, sofern nicht noch mehr Abstriche vorgenommen werden müssen. Eine Revision der Ortsplanungsrevision ist ein immenses Geschäft mit unterschiedlichsten Themen und Anforderungen. Am Schluss geht es um einen gemeinsamen Konsens für die räumliche Entwicklung der Gemeinde Köniz. Ein Konsens zum Planungswert konnte vorhin gefunden werden. Wir begrüssen, dass der Gemeinderat Einsprachen ernst nimmt und die umstrittenen Themen nochmals prüft. Wie uns bekannt ist, werden inhaltliche Anpassungen gemacht. Ein Kernanliegen von uns Grünen sind der Kulturland- und der Landschaftsschutz. Wir wollen nicht, dass die Siedlungsflächen unbegrenzt wuchern und es geht uns nicht um einen Ballenberg in der Gemeinde Köniz. Auf kantonaler Ebene haben wir die Kulturland-Initiative mit dem Berner Bauernverband und der BDP eingereicht. Die Initiative ist mit dem Gegenvorschlag erfolgreich umgesetzt worden. Jetzt setzen wir uns dafür ein, dass dies auch auf kommunaler Ebene umgesetzt wird. Gemäss den Informationen des Gemeinderats änderte der Kanton seine Praxis im Frühjahr 2017. Vieles das im Baureglement für die Landschaftsschongebiete vorgesehen gewesen wäre, gilt nun auch für das gesamte Landwirtschaftsgebiet. Das zeigt auf: Wir können Stossrichtungen und Akzente für die Entwicklung in der Gemeinde Köniz definieren; zu einem grossen Teil sind wir jedoch abhängig von übergeordneten Vorgaben und Planungen. So ist z. B. die Festlegung des Gewässerraums eine Vorgabe des Bundes; da hat eine Gemeinde wenig Spielraum. Schlussendlich macht dies ja auch Sinn: Die Sense macht auf freiburgischem oder auf Berner Boden genau dasselbe. Der Kanton Bern stellt den Gemeinden ein Musterbaureglement zur Verfügung; ein Reglement mit bewährten Formulierungen. Wie der Antwort des Gemeinderats zu entnehmen ist, stützt sich auch die Gemeinde Köniz darauf. Somit erfinden wir in der Gemeinde Köniz das Rad nicht neu, sondern stützen uns auf gängige Praxis.

Eine Anmerkung zum Schluss: Das Parlament beauftragte eine Kommission, sich vertieft mit dem umfangreichen Geschäft zu beschäftigen und genau solche Fragen zu stellen und zu klären. Es erstaunt mich doch etwas, dass dies nicht genützt wird und stattdessen die Verwaltung und das Parlament mit der vorliegenden Interpellation zusätzlich beschäftigt werden. Ein Projektablauf von mehr als 10 Jahren ermöglicht viele Stationen für Fragestellungen. Die Ortsplanungsrevision ist nicht erst seit der öffentlichen Auflage öffentlich, da bildet auch der Schutzplan keine Ausnahme. Ich habe zudem keine Angst, dass es unseren Planungsfachleuten langweilig wird. Wenn ich den Zonenplan genau betrachte, sehe ich einige grosse graue Flecken, die beplant werden müssen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich möchte hier drei Punkte klären, für den Rest verweise ich auf die ziemlich ausführliche Antwort des Gemeinderats.

Es wurde erwähnt, dass die Ortsplanungsrevision seit 10 Jahren in der Planung sei. An dem, was eigentlich als Ortsplanungsrevision – die Revision der baurechtlichen Grundordnung – bezeichnet werden kann, sind wir erst seit 2011 an der Arbeit, d. h. erst seit 6 Jahren. Vor diesen Arbeiten und parallel dazu wurde eine Richtplanung vorgenommen, die 2014 abgeschlossen worden ist. Der 2008 beantragte Kredit reichte sowohl für die Richtplanung als auch für die Ortsplanungsrevision aus. Sie haben demnach viel mehr Leistung für weniger Geld erhalten. Dies im Vergleich zur vorhergehenden Ortsplanungsrevision, die 1994 in Kraft getreten ist, die sechs Jahre dauerte und für welche ein Kredit von 2,434 Millionen Franken beantragt wurde. Dieser Kredit wurde nur für die Revision der baurechtlichen Grundordnung beantragt.

Damals wurde beispielsweise auch der Baulinienplan nicht überarbeitet, der mit der aktuellen Ortsplanungsrevision mitüberarbeitet worden ist. Nochmals: Seit 2011 haben zahlreiche Gesetze und Verordnungen geändert und wir wurden teilweise gebremst. So mussten wir beispielsweise auf den kantonalen Richtplan warten. Elementare raumplanerische Vorgaben sind geändert oder neu geschaffen worden und wir mussten uns jeweils anpassen.

Es wurde gefragt, ob zu viel Personal vorhanden ist. Nein, das ist nicht der Fall, denn: Würden wir über zu viel Personal verfügen, käme es zu keinen Verzögerungen der Ortsplanungsrevision. So konnten beispielsweise aufgrund der begrenzten Ressourcen die 340 Einsprachen nicht einfach so abgearbeitet werden und deshalb verschiebt sich die Volksabstimmung in das nächste Jahr. Zudem mussten Prioritäten gesetzt werden, da noch zig andere Geschäfte laufen und nicht alle im gewünschten Tempo vorangetrieben werden konnten. Wenn die Ortsplanungsrevision abgeschlossen ist, werden wir die anderen Geschäfte wieder vorantreiben können.

Soviel zur Dauer, zu den Kosten und zu den personellen Ressourcen der Ortsplanungsrevision. Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

7. 1716 Interpellation (Mitte-Fraktion) "Auswirkungen der Senkung einer Mehrwertabgabe"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Casimir von Arx (GLP): Die wesentlichen Entscheide sind gefällt worden. Ich danke für die Antworten des Gemeinderats, die für die Einschätzung der Sachlage hilfreich waren. Es ist in meinen Augen wichtig, dass öffentlich bekannt wurde, von welchen Summen hier schätzungsweise die Rede ist. Ich danke auch dafür, dass die Beantwortung für die heutige Sitzung abgegeben worden ist. Terminlich wäre dies - trotz der gewährten Dringlichkeit - nicht zwingend gewesen.

Der Mitte-Fraktion ist bewusst, dass die zuständigen Fachleute in der Verwaltung und auch der Gemeinderat zurzeit ein strenges Programm haben, damit die Ortsplanungsrevision bald zur Abstimmung gelangen kann. Ich danke für diesen Einsatz.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

8. 1502 Postulat (Mitte-Fraktion) „Umgestaltung der Gebühren für die Nutzung öffentlicher Schul- und Sportanlagen“

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziale

Casimir von Arx (GLP): Im Dezember 2015 wurde unser Vorstoss zur Überarbeitung der Gebühren für die Schul- und Sportanlagen als Postulat erheblich erklärt. Heute liegt das Ergebnis dieses Prüfauftrags vor. Der Gemeinderat hat – wie damals angekündigt – die Gebühren angepasst. Es ist nun an uns, die Arbeit des Gemeinderats zu würdigen.

Die Mitte-Fraktion stellt fest, dass die neue Gebührenstruktur kohärenter ist als die alte. Reservationen die denselben Aufwand generieren, kosten nun in etwa gleich viel. Gemäss dem Gemeinderat war dies bisher nicht der Fall. 2015 hat der Gemeinderat festgehalten, dass er die bisherigen Meisterschaftspauschalen selber nicht mehr nachvollziehen könne. Das wurde nun bereinigt und ausserdem sind diese Pauschalen in der Verordnung transparent aufgeführt. Das Verhältnis von Einzelmiete – einmalig zwei Stunden – und Dauermiete – einmal pro Woche eine Stunde für ein Jahr – ist einheitlicher gestaltet. Bisher gab es hier eine relativ grosse Streuung. So kostete z. B. die Dauermiete des Sportplatzfeldes im Liebefeld 18,75 Mal so viel wie eine Einzelmiete. Für die Miete eines einfachen Rasenplatzes lag der Faktor bei 9,38. Nun liegen alle Werte zwischen 12,5 und 15. Die neuen Tarife decken durchgehend ca. 50 Prozent der Kosten, damit ist auch das Äquivalenzprinzip besser erfüllt als mit den alten Tarifen.

Sicher hat niemand etwas gegen eine kohärentere Gebührenstruktur. Das ist jedoch nicht die einzige Änderung. Viele Tarife sind erhöht worden. Die naheliegende Frage ist nun, ob die Gebühren nicht ohne Erhöhungen kohärenter vorgenommen werden können. Das hätte man wahrscheinlich schon gekonnt, die Mitte-Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass es einen besseren Weg gibt, der mit den Gebührenerhöhungen des Gemeinderats kompatibel ist:

Erstens stammen die zurzeit aktuellen Tarife aus dem Jahr 1999. Der Gemeinderat hält fest, dass die Teuerung seitdem 10 Prozent ausmacht. Das rechtfertigt eine entsprechende Erhöhung der Tarife, wenn sie schon angepasst werden.

Zweitens sind bislang zum Teil sehr geringe Tarife in Rechnung gestellt worden, wo davon auszugehen ist, dass der Tarif nicht einmal die Inkassokosten deckt. Das ist betriebswirtschaftlich unsinnig. Dieses Problem könnte umgangen werden, indem gar keine Gebühr erhoben wird. Eine derartige Gratiskultur würde jedoch diametral im Widerspruch zum Verursacherprinzip stehen. Wer Infrastrukturen gratis nutzbar macht, legt den Grundstein dafür, dass Reservationen auf Vorrat vorgenommen werden, weil es ja nichts kostet. Wenn hingegen der Preis spürbar ist, geht man bei Reservationen ökonomischer vor. Ausserdem halte ich es auch für gerechter, dass jene die die Infrastrukturen der Gemeinde nützen, mehr an die Kosten beitragen als der allgemeine Steuerzahler.

Drittens sind die Tarife immer noch moderat. Prozentual sind die Tarife teils stark angestiegen. Es wurde berechnet, dass die Dauermiete eines Luftschutzkellers um sage und schreibe 167 Prozent verteuert worden ist. Noch spektakulärer wäre die Steigerung bei der Miete einer einzelnen Abdeckrolle für zwei bis drei Wochen: Weil es neu keinen Tarif mehr für einzelne Abdeckrollen gibt, sondern nur noch eine Pauschale, bezahlt der Mieter einer einzelnen Abdeckrolle für zwei bis drei Wochen neu unfassbare 1'500 Prozent mehr als vorher. Es lohnt sich jedoch, genauer hinzuschauen. Ich komme zurück zum Luftschutzkeller: Bisher bezahlte man 75 Franken/Jahr für die Dauermiete eines Luftschutzkellers einmal pro Woche für eine Stunde. Das macht pro Abend rund 1.50 Franken aus. Das genügt nicht einmal, damit der Hauswart den Raum auf- und zuschliessen kann. Neu sind es 157 Prozent mehr, d. h. rund 4 Franken pro Mal. Sie sehen, es geht um das Verursacherprinzip. Der Gemeinderat hält fest, dass die neuen Tarife ca. 50 Prozent der realen Kosten decken. Er hat am Wochenende noch erläutert, dass die realen Kosten Folgendes beinhalten: Hauswartlohn, Strom, Heizung und Wasser. Nur 50 Prozent der variablen Kosten werden tatsächlich direkt durch die Nutzung der Schul- und Sportanlagen verursacht. Ich hörte das Argument, dass es unfair sei, die Amortisationskosten für Schulanlagen, die sowieso durch die Gemeinde realisiert werden, in diese Tarife einzurechnen und so auf Dritte abzuwälzen. Das macht der Gemeinderat jedoch nicht, die Amortisationskosten, wie auch der Unterhalt, sind in diesen 50 Prozent nicht berücksichtigt.

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass der Gemeinderat das Verursacherprinzip auch mit einem neuen Massenrabatt stärkt. Vereine, die mehr als 5'000 Franken pro Jahr für Dauerbelegungen ausgeben, erhalten 20 Prozent Rabatt. Damit berücksichtigt der Gemeinderat, dass er bei solchen Kunden unter anderem für das Inkasso weniger Aufwand betreiben muss.

Trotzdem eine kleine Kritik: Der Gemeinderat setzt damit für Vereine, die normalerweise zwischen 4'001 und 4'999 Franken für Dauerbelegungen bezahlen müssen, einen Anreiz, zusätzliche Räume hinzumieten, nur damit sie vom Rabatt profitieren können; denn mit den 20 Prozent Rabatt müssten nur noch 4'000 Franken bezahlt werden. Das ist nicht unbedingt optimal.

Es gibt gute Gründe für Tarifierhöhungen. Trotzdem ist die Tarifänderung isoliert betrachtet natürlich nicht jene Lösung, die das Parlament 2015 wünschte. In der Vorstossbegründung ist festgehalten, dass ein Beitrag zur Budgetsanierung ausdrücklich nicht das Ziel ist. Ausserdem ist die Wichtigkeit der Förderung von Kinder- und Jugendvereinen im Vorstosstext und in der Begründung ausdrücklich aufgeführt. Der Gemeinderat erwartet nun Mehreinnahmen von 100'000 Franken. Zieht man eine Teuerung 30'000 Franken ab, betragen die Mehreinnahmen immer noch 70'000 Franken und diese müssten als Beitrag zur Budgetsanierung bezeichnet werden. Es ist jedoch wichtig, dass hier das ganze Bild gesehen wird: Der Gemeinderat hat angekündigt, dass er im Budget 2018 ein neues Konto mit 40'000 Franken Budget aufnehmen will, woraus Investitionen und Beschaffungen für Vereine finanziert werden können. Ich bitte den Gemeinderat mitzuteilen, ob er dieser Absicht nachgekommen ist. Damit fehlen aber immer noch 30'000 Franken. Diese Lücke kann durch das Parlament geschlossen werden, indem es die Pro-Kopf-Beiträge für Kinder und Jugendliche in Vereinen demnächst erhöht. Mit dieser Stellschraube kann das Parlament entscheiden, ob diese 30'000 Franken ausgeglichen werden sollen, oder ob es noch weiter gehen will.

Die Mitte-Fraktion fordert eine Erhöhung dieses Pro-Kopf-Beitrags von heute 35 auf mindestens 50 Franken. Unter der Bedingung, dass dies kommen wird, stimmt für uns das Gesamtbild. Wir betrachten den Systemwechsel, bestehend aus der Tarifänderung, aus den 40'000 Franken auf dem neuen Konto und aus der Erhöhung der Pro-Kopf-Beiträge insgesamt als klare Verbesserung. Das Verursacherprinzip wird gestärkt und die Kosten werden besser bewusst. Die Unterstützung von Kinder- und Jugendvereinen wird insgesamt gestärkt. Das ist im Sinn des ursprünglichen Vorstosses. Die Unterstützung von Kinder- und Jugendvereinen ist auch zielgenauer. Will man Kinder- und Jugendvereine fördern, ist es besser die Mittel direkt an die Vereine auszubezahlen anstatt Infrastrukturen zu vergünstigen. Anders gesagt: Subjektsubventionierung ist zielgenauer als Objektsubventionierung. Kinder- und Jugendbeiträge erreichen auch jene Vereine, die keine Schul- und Sportanlagen der Gemeinde nützen, beispielsweise den FC Sternberg, die Pfadi oder das IZ Eichholz.

Zum Schluss: Wir sind noch nicht am Ziel. Ich hoffe, der Gemeinderat schafft es, die Motion mit den Kinder- und Jugendbeiträgen bis zur Budgetberatung im November vorzulegen. Ob das Ziel dann erreicht wird, liegt in der Hand des Parlaments.

Fraktionssprecherin Arlette Stauffer (SP): Breitensport ist im Juniorinnen- und Juniorenalter sehr wichtig. Als aktive Juniorinnentrainerin in unserer Gemeinde weiss ich, wovon ich spreche. Wir geben den Kindern Freude an der Bewegung und dem Teamsport weiter. Viele von Ihnen können dies rückblickend sicher bestätigen. Gerade in den schwierigen Jahren der Pubertät ist es entscheidend, dass junge Menschen regelmässig Sport treiben. Dass sie erfahren wie schön es ist, mit einem Team etwas zu erreichen und dass manchmal, um etwas Grosses zu erreichen, ganz viel Herz und vielleicht mehr als normales Training dafür notwendig ist.

Das ist dem Gemeinderat offenbar nicht viel Wert und er lässt die Juniorinnen und Junioren bei der Gebührenerhöhung nicht aussen vor. Dass den Vereinen nun in Aussicht gestellt wird, den jährlichen Pro-Kopf-Beitrag irgendeinmal um 15 Franken zu erhöhen, kommt mir vor wie bei gewissen Banken, die uns jungen Menschen, wenn man bei ihnen ein Konto eröffnet, einen H & M-Gutschein mitliefern. Das tönt als hätte das Ganze mehr Wert, ist jedoch reine Augenwischerei. Beim Einkaufen geht die Rechnung für die jungen Menschen nicht auf. Mit den Gebührenerhöhungen erhalten wir nicht mehr Juniorenförderung, sondern eine höhere Rechnung für Räume, das Material und den Unterhalt. Im Klartext: Für die Vereine werden die Juniorinnen und Junioren teurer und das ist nicht fair. Wenn ich von meinen Trainerkollegen der Stadt Bern höre, dass sie für die Hallenmiete für Junioren-Trainings nichts und für die Meisterschaftsspiele nur einen Viertel der Hallenmiete bezahlen, komme ich nochmals zum Schluss: Dem Gemeinderat sind die jungen Sporttreibenden nichts wert. Wie sonst hätte er diesen Aspekt bei der Tarifierung ausser Acht gelassen, wie auch den Vergleich mit der Stadt Bern, den er immer wieder betont.

In der Gemeinde Köniz haben wir das Glück, dass im Fussball, im Unihockey und im Volleyball Profimannschaften vorhanden sind, die auf einem sehr hohen Niveau spielen und dementsprechend auch ein besseres finanzielles Budget haben. Da stellt sich die Frage, ob es im Sinn der Juniorenförderung ist, wenn eine Juniorinnenmannschaft für ihre Heimspiele, für die sie keinen Eintritt verlangen kann, zwar nicht gleich viel aber doch die Hälfte dessen bezahlen muss, was eine Profimannschaft bezahlt.

Die SP-Fraktion stimmt der Abschreibung zu. Die Art und Weise wie die Gebührenerhöhung den Breitensport bei den Jugendlichen trifft – das betone ich hier ausdrücklich – ist in den Augen der SP-Fraktion nicht richtig.

Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP): So war es nicht gedacht, ist man hier zu sagen versucht. Man muss sich vor Augen halten, dass es hier lediglich um die Diskussion über die Abschreibung eines Postulats geht und nicht mehr um den materiellen Inhalt.

Man ist auch versucht zu sagen: Über das Ziel hinausgeschossen. Oder vielleicht: Den Auftrag zu ernst genommen oder vielleicht nicht richtig gelesen zu haben. Wer die Motion aufmerksam liest, findet andere Zielsetzungen. Führt man sich das Protokoll der damaligen Diskussionen zu Gemüt, erkennt man ganz klar einen Willen zur Anpassung der Gebührenordnung und das querbeet von allen Parteien. Die Motion selber verlangt aber klar, dass diese Anpassungen keinen Beitrag zur Budgetsanierung darstellen sollen und das dies nicht Ziel ist.

Die Gebührenordnung liegt nun vor und grundsätzlich wissen wir, dass die Finanzen der Gemeinde Köniz längerfristig auf wackligen Beinen stehen und nach Verbesserungen rufen. Wege dazu gibt es viele, einer davon ist die Einnahmenerhöhung durch verschiedenste Instrumente. Das muss nicht eine Steuererhöhung sein. Gebührenerhöhungen von Sportanlagen scheinen uns hier jedoch wirklich nicht an vorderster Stelle zu stehen. Für die FDP-Fraktion ist es wichtig, dass gerade für Kinder und Jugendliche in den Bereichen Sport und Kultur Angebote zur Verfügung stehen. Hier stehen vor allem der Schulsport und die Musikschule allen zur Verfügung. Auch die Vereine leisten im Nachwuchs- und im Breitensport sehr wertvolle Aufgaben. Diese gilt es auf eine geeignete Art zu unterstützen und es wird Aufgabe sein, sich zu überlegen ob die geeignete Art darin liegt, nach Giesskannenprinzip Geld zu verteilen oder ob die neuen Gebühren – wenn die Vereine wirklich sehen was sie bezahlen müssen – die Aufgabe nicht schon richtig erfüllen.

Die FDP-Fraktion ist nicht für die Gratis-Zurverfügungstellung von Schul- und Sportanlagen und wir sind grundsätzlich auch hier der Ansicht, dass dies wirklich geprüft werden kann. Wir sind jedoch der Ansicht, dass das Gesamtkonzept nicht stimmt und deshalb muss das Ganze nochmals näher betrachtet werden. Jedoch nicht in diesem Rahmen und nicht mit dieser Vorlage. Deshalb stimmen wir der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung zu.

Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne): Zuerst danke ich Arlette Stauffer für ihre Ausführungen aus erster – betroffener – Hand. Sie hat mir aus dem Herzen gesprochen. Die Förderung von attraktivem Vereinssport in der Gemeinde Köniz ist für die Fraktion der Grünen Programm. Dementsprechend haben wir Sportvorlagen in letzter Zeit jeweils mitgetragen und eigene Vorstösse in diese Richtung eingereicht.

Wir sind dementsprechend auch besorgt über die Absicht der Kantonsregierung, das Sportbudget im Rahmen des Entlastungspakets 2018 um jährlich 400'000 Franken zu kürzen. Im November wird der Grosse Rat darüber beraten und abstimmen. Ich appelliere an die Könizer Vertretungen im Grossrat, dort genau hinzuschauen und möglicherweise zu intervenieren. Wer die laufende Petition der Berner Sportverbände unterstützen möchte, dem kann ich nach der Sitzung weiterhelfen.

Zurück zum Postulat. Neben der Sportförderung gibt es noch anderes, wie beispielsweise die Musikschule. Jugendförderung soll nicht nur im Sport- sondern auch im Kulturbereich gefördert werden. Gebührenerhöhungen sind nicht attraktiv; wer will das schon. Der Deckungsbeitrag von 20 Prozent scheint uns doch gar niedrig. Vergessen wir nicht, dass es in unserer Gemeinde Sportvereine gibt, die ihre Infrastrukturen selber betreiben, wie z. B. der FC Sternenberg oder der Eishockeyclub Schwarzwasser. Wir sind deshalb der Ansicht, dass ein vernünftiges Mass an Selbstfinanzierung durch die Nutzer der Sportanlagen durchaus vertretbar ist und in dem Sinn unterstützen wir die Marschrichtung des Gemeinderats in der Umgestaltung der Gebührenordnung für öffentliche Schul- und Sportanlagen. Dass es offenbar Vereine gibt, die Sportinfrastrukturen auf Vorrat überbelegen, ist zudem für uns ein Zeichen, dass dies möglicherweise aufgrund der günstigen Mieten sein könnte. Wir finden es grundsätzlich richtig, dass die Vereine im Jugendbereich über pro-Kopf-Beiträge entschädigt werden, dass von der Objektsubventionierung mehr zur Subjektsubventionierung übergegangen wird. Das unterstützen wir.

Zum Wermutstropfen: Wir bedauern es jedoch schon, dass es hier nicht möglich ist, diese beiden Aspekte zu verbinden. Das Parlament kann dies heute Abend nicht regeln, sondern darüber wird offenbar anlässlich der Budgetdebatte diskutiert. Meine Befürchtung ist, ob jene, die immer an der Sparschraube drehen, mithelfen werden, wenn es um die Erhöhung der Pro-Kopf-Beiträge im Juniorenbereich geht. Wir werden Wort halten.

Die Fraktion der Grünen wird der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung des Postulats zustimmen.

Fraktionssprecher Reto Zbinden (SVP): Wie Ihnen bekannt ist, liegt mir der Sport sehr am Herzen. Es geht hier jedoch nicht nur um den Sport, sondern von den Gebührenerhöhungen sind auch Kulturvereine betroffen. Gerne hätte hier das Parlament Einfluss auf die Gebührengestaltung genommen, was leider nicht möglich war. Aus diesem Grund reichte die SVP-Fraktion Beschwerde ein, die zurzeit beim Regierungsstatthalteramt bearbeitet wird.

Ich führe hier die Gründe aus, die zur Beschwerde führten: Die Gebührenerhöhungen setzen ein klar falsches Signal an alle Vereine und Organisationen, die wertvolle Jugendarbeit und Prävention in den Bereichen Kultur und Sport leisten. Mit der Beschwerde richten wir uns ausdrücklich gegen den Beschluss, dass die Aula in Schliern nicht mehr an Privatpersonen vermietet wird. Solche Räumlichkeiten sind in unserer Gemeinde ohnehin rar und wir müssen oft auf Räumlichkeiten von Nachbargemeinden ausweichen. Dazu eine Frage: Wie kam der Entschluss zustande, dass die Aula Schliern nicht mehr an Private vermietet wird? Ich konnte den Grund dafür nirgends in den Unterlagen finden.

Die Gebührenerhöhung wird mit dem Ausbau der Infrastruktur begründet, mit der Teuerung und mit gestiegenen Hauswartkosten. Die ersten beiden Argumente stimmen für mich, auch wenn bei der Berechnung der Teuerung wohl etwas aufgerundet worden ist. Fragen stellen sich mir allerdings beim Argument höhere Hauswartkosten. Wurden Massnahmen zur Senkung dieser an die Hand genommen? Wurde eine Zusammenarbeit mit den Vereinen gesucht? Ein Beispiel: Der Schwingclub Schwarzenburg schliesst den Schwingkeller jeweils nach den Trainings selber und reinigt ihn auch. Ich bin der Ansicht, dass viele Könizer Vereine dazu in der Lage und bereit wären, zur Senkung der Hauswartkosten beizutragen. Bei Sparmassnahmen kann man kreativer sein als nur den einfachen Weg der Gebührenerhöhung zu gehen. Allgemein stören mich Sparmassnahmen durch Gebührenerhöhungen. Das bedeutet eine Kostenumlagerung auf die Bürger, die diese mit höheren Mitgliederbeiträgen bezahlen müssen. Ich hoffe, dass die Mitglieder bereit sind, höher Beiträge zu bezahlen, denn ein Mitgliederschwund wäre ein schlimmer Nebeneffekt. Diesem Effekt soll mit der Erhöhung der Pro-Kopf-Beiträge für Jugendliche entgegengewirkt werden, was wahrscheinlich ein Traktandum in der nächsten Budgetdebatte sein wird.

Die SVP-Fraktion wird sich mit diesen Thema befassen, sobald eine Antwort auf unsere Beschwerde vorliegt. Die Vereine sind trotzdem von den Gebührenerhöhungen betroffen und darüber muss sicher nochmals diskutiert werden. Der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung des Postulats werden wir hier jedoch zustimmen.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Ich danke für die nüchterne Diskussion, was in Wahlkampfzeiten nicht ganz selbstverständlich ist.

Zu Casimir von Arx: Das Budget ist durch den Gemeinderat noch nicht verabschiedet worden. Die dritte Lesung steht noch an und deshalb kann ich mich dazu nicht äussern. Das Parlament wird im November zum vorgelegten Budget Stellung nehmen und Anträge stellen können. Darauf bin ich – aufgrund der heutigen Debatte – sehr gespannt.

Allgemein zu den Detailfragen ein Verweis auf das Fact Sheet, das den Fraktionen via Fachstelle Parlament zugestellt worden ist. Grund dafür waren Nachfragen von Parlamentsmitgliedern. Dieses Fact Sheet enthält Begründungen, Rechnungsbeispiele und ähnliches.

Zu Arlette Stauffer. Sie fordert, dass im Jugendbereich dasselbe System wie die Stadt Bern eingeführt wird. Das ist ein legitimes politisches Anliegen. Ich halte hier fest, dass der Gemeinderat am bisherigen Modell festhält: Keine Gratiskultur, auch nicht im Juniorenbereich. Es gilt das Verursacherprinzip. Gerade Juniorenmannschaften lösen ziemlich viel Putzarbeit aus und ich glaube, dass Gebührentarife Anreiz zum sorgfältigen Umgang mit der Infrastruktur sind.

Ich merke hier an, dass die Gemeinde Köniz die Pro-Kopf-Beiträge für Jugendliche in Vereinen kennt, die Stadt Bern nicht. Das System der Gemeinde Köniz macht Schule, so geht z. B. die Gemeinde Muri-Gümligen in diese Richtung.

Erica Kobel-Ippen erwähnte das Giesskannenprinzip. Ich halte hier fest, dass ich dies nicht nachvollziehen kann, denn für mich handelt es sich einerseits um das Verursacherprinzip: Wer etwas bucht, wer Aufwände und direkte Betriebskosten verursacht, soll dafür bezahlen. Auf der anderen Seite kann ich es auch nicht nachvollziehen, denn die Pro-Kopf-Beiträge gehen genau an jene Vereine, die Jugendarbeit leisten. Diese Beiträge werden sowohl die Sport- als auch an Kulturvereine ausbezahlt, die Jugendarbeit leisten.

Zu Mathias Rickli, der auf Vereine mit eigenen Infrastrukturen verwies, konkret auf den FC Sternenberg oder den Eishockeyclub Schwarzwasser. Es gibt noch andere Vereine mit eigenen Infrastrukturen und alle diese profitieren nicht davon, würden wir nur Infrastrukturen finanzieren. Da sehe ich schon am Horizont, dass sich die Vereine mit eigenen Infrastrukturen ungerechter behandelt sehen und die Infrastrukturen durch die Gemeinde übernommen, instand gehalten und unterhalten werden sollen.

Zu Reto Zbinden: Das Modell der Eisbahn Schwarzwasser ist für die Gemeinde sehr viel günstiger, weil die Vereine sehr viel ehrenamtliche Arbeit leisten. Reto Zbinden wollte noch wissen, weshalb die Aula in Schliern nicht mehr an Private vermietet wird. Ich erlaube mir, Punkt 4 aus dem Fact Sheet zu zitieren: „Bei der Aula in Schliern gab es in den letzten Jahren immer wieder Beschwerden wegen Nachtruhestörungen. Private Mieter haben sich vermehrt nicht an Zeiten und Bestimmungen gehalten. Das Hauswartteam wurde mehrmals von Mietern bedroht. Der Gemeinderat zieht hier die Konsequenzen und schützt mit dieser Massnahme Mitarbeitende und-Bewohner. Der Gemeinderat sieht es nicht als seine Aufgabe, Räume für private Anlässe zur Verfügung zu stellen.“ Dies notabene zu Kosten, die nicht im Geringsten die variablen Kosten decken.

Ich betone hier: Vereine können die Aula Schliern immer noch mieten. Für Private stehen in Oberwangen mit der Mehrzweckanlage und in Gasel mit dem Saalbau Räumlichkeiten zur Verfügung. Diese werden jedoch nicht durch die Gemeinde, sondern durch die Ortsvereine vermietet.

Zum Fazit: Der Gemeinderat hat hier entschieden, weil er zuständig ist. Man kann es auch positiv sehen: Der Gemeinderat ist in der Verantwortung und hat diese übernommen. Das Parlament ist immer frei; wenn es bessere Ideen hat, können Vorstösse eingereicht werden. Werden diese erheblich erklärt, prüft der Gemeinderat diese. Das im einstimmig erheblich erklärten Postulat Geforderte wurde umgesetzt. Wir haben Anreize für einen sparsamen Ressourcenverbrauch im Bereich Vermietungen von Sportanlagen gesetzt. Ich erlaube mir, Sie hier daran zu erinnern: Wir haben intensive Debatten geführt, so z. B. um die zusätzliche Garderobeninfrastruktur auf dem Sportplatz Liebfeld. Dort konnten wir uns vor Ort anlässlich der Einweihung davon überzeugen, dass die betroffenen Sportvereine sehr froh um diese Infrastruktur sind. Es handelt sich um einen Garderobentrakt, nicht um eine Eisbahn oder eine Turnhalle. Die Diskussionen für die Realisierung dieses Garderobentrakts waren sehr intensiv, also macht es einerseits Sinn Anreize zu schaffen, damit nicht noch Zusatzinfrastruktur errichtet werden muss.

Andererseits wollen wir mit dem System weiterfahren, subjektorientiert jene Vereine zu unterstützen, die Jugendarbeit leisten. Einerseits mit dem Pro-Kopf-Beitrag und andererseits mit dem Jugendtarif, der einen Sechstel des Erwachsenentarifs ausmacht.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

9. 1707 Motion (BDP) "Transparenz bei Gemeinderatswahlen - Listenverbindungen abschaffen"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Thomas Frey (BDP): Listenverbindungen bei Wahlen sind für eine Vielzahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein schwieriges Thema. Die BDP musste dies bei der Unterschriftensammlung der von uns lancierten Initiative zur Abschaffung der Listenverbindungen bei den Wahlen in den Gemeinderat – in die Exekutive – vollumfänglich erfahren. All jenen, die bereits einmal Unterschriften gesammelt haben, ist bekannt, dass es schwierig ist, die Bevölkerung schon nur für ein Gespräch zu gewinnen. Die Erfolgsquote liegt bei etwa einem Gespräch auf fünf Passanten oder noch schlechter. Um den Sachverhalt unserer Initiative zu erklären, waren ungefähr acht bis zehn Minuten notwendig. Am Schluss erhielten wir in den meisten Fällen eine Unterschrift. Aber wir mussten feststellen, dass die 2'000 Unterschriften mit den bei uns vorhandenen Mitteln innert der geforderten Zeit nicht erreicht werden und deshalb wurde der Weg mit der Einreichung der vorliegenden Motion gewählt.

Die BDP-Fraktion ist der Ansicht, dass Listenverbindungen bei der Wahl in die Exekutive der Gemeinde Köniz den Wählerwillen verfälschen können, dass Persönlichkeitswahlen in einem gewissen Sinn eingeschränkt werden, die Transparenz beeinträchtigt wird, indem der Wähler nicht weiss, wem seine Stimme schlussendlich effektiv zukommt und zur Wahl von Personen führen können, die nicht ausreichenden Rückhalt in der Bevölkerung haben. Für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind die Regeln und die Zusammenhänge von Listenverbindungen zudem nicht bekannt. Unser Ziel ist, diesen Missständen zu begegnen.

Zuerst überlegten wir uns, Majorzwahlen – Mehrheitswahlen – für die Exekutive zu verlangen. Bei dieser Form der Wahl steht jedoch die Person im Vordergrund. So könnte z. B. eine Person – ausserhalb einer Partei – mit viel Geld eine Wahlkampagne finanzieren und so ein Mandat gewinnen. Uns ist wichtig, dass gerade in der Gemeinde Köniz, wo der Gemeinderat mit fünf 80-Prozent-Mandaten besetzt wird, den Sitz über eine Partei mit ausreichendem Rückhalt in der Bevölkerung erhält. Um dies sicherzustellen, wurde die Motion lanciert. Ich betone hier nochmals: Nur für die Exekutive und nicht für das Parlament.

Wir sind uns bewusst, dass damit gewisse Einschränkungen verlangt werden. Wir sind uns auch bewusst, dass kleinere Parteien eventuell Mühe haben werden, einen Sitz zu erhalten. Wir gewichten jedoch die Zugehörigkeit eines Gemeinderatsmitglieds zu einer Partei, die aus der offenen Wählerwolke ausreichend Stimmen für einen Sitz holt und damit breit getragen wird, höher als die Einschränkungen. Damit ist auch gegeben, dass der Mandatsträger gegenüber der Partei, die den Sitz gewonnen hat, Rechenschaft ablegen muss und die Partei, verpflichtet durch den Sitzgewinn, ihren Mandatsträger führt und kontrolliert. Wir hatten anlässlich der Wahlen 2013 eine Listenverbindung von CVP, EVP und GLP und das führte zu einem Sitzgewinn. Die Wahl verlief absolut korrekt, da gibt es kein Wenn und Aber, auch nicht von unserer Seite.

Die laufende Legislatur zeigt aber, dass heute CVP, EVP und GLP oftmals unterschiedlich zu den Geschäften im Parlament stehen. Wir fragen uns heute, welche Meinung im Gemeinderat eingebracht wird und ob sie einer ausreichenden Gewichtung aus der Bevölkerung entspricht.

Die Stellungnahme des Gemeinderats zu unserer Motion und zur Reglementsänderung bei der Wahl der Exekutive in der Gemeinde Köniz wird mit dem Wahlmodus beim Nationalrat auf nationaler Ebene und beim Grossrat auf kantonaler Ebene verglichen und gegenübergestellt. Wir machen darauf aufmerksam, dass Nationalrat und Grossrat keine Exekutivgremien sind und damit der Vergleich für uns etwas hinkt. Der Gemeinderat führt aber auch aus, dass die Abschaffung einer Listenverbindung beim Gemeinderat – bei der Exekutive – der Gemeinde Köniz gemäss kantonalem Gesetz möglich wäre. Laut dem Gemeinderat gibt es vier Gemeinden mit Parlamenten, die für die Wahl der Exekutive keine Listenverbindungen zulassen. Die Gemeinde Köniz wäre somit kein Sonderfall und wir sind der Ansicht, dass unsere Argumente stichhaltig genug wären, diesen Weg zu gehen.

Wir halten aus Überzeugung zur Sache an der Motion fest und stellen Antrag auf Erheblicherklärung der Motion.

Fraktionssprecher Michael Lauper (SVP): Bereits im Rahmen der Initiative „Köniz fünf“ im Jahr 2008 haben sich Gemeinderat und Parlament mit der Frage auseinandergesetzt, ob Listenverbindungen zeitgemäss sind oder nicht. Sie sind zum eindeutigen Schluss gelangt, dass dem so ist. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass mit der heutigen Regelung auch kleinere Parteien eine Chance für eine Vertretung im Gemeinderat haben. So ist der Minderheitenschutz am besten gewährt. Zudem ist das Argument, dass mit einem Verbot von Listenverbindungen die kompetentesten Personen gewählt werden, nicht nachvollziehbar. Die heute bestehenden Listenverbindungen würden durch eine gemeinsame Liste ersetzt, d. h. es hätten viel weniger Personen die Möglichkeit für eine Kandidatur. Die Anzahl der Listenplätze wäre so beschränkt und es besteht die Gefahr, dass bereits bei den Parteien fähige Personen übergangen werden könnten.

Die Motionäre fordern mit ihrem Vorstoss Persönlichkeitswahlen. Für diese Möglichkeit kann ein Majorzwahlverfahren gefordert werden, wie es auch vorgesehen ist.

Aus all diesen Gründen wird die SVP-Fraktion die Motion ablehnen.

Fraktionssprecher Bruno Schmucki (SP): Die SP-Fraktion würdigt das Anliegen der BDP-Fraktion, die mit ihrer Motion verlangt, dass in eine Exekutive Personen gehören, die kompetent und entschlossfreudig sind und Führungsqualitäten beweisen. Es braucht Personen, die einen guten Rückhalt sowohl bei den Wählerinnen und Wählern haben als auch in der Bevölkerung. Demokratische Wahlen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Das sind Ziele, die die SP-Fraktion auf jeden Fall teilt. In Bezug auf die Transparenz vertritt die SP-Fraktion die Haltung, dass es durchaus interessant wäre, wenn mehr Transparenz über die Wahlkampffinanzierung vorhanden wäre. Wenn eine Gemeinde anlässlich von Wahlen mit Plakaten zugespästert wird, wäre es interessant, die Kosten dafür zu kennen und wer diese bezahlt.

Anders als die BDP-Fraktion kommt die SP-Fraktion zum Schluss, dass mit dem Verbot von Listenverbindungen das Ziel nicht unbedingt erreicht werden kann. Dazu gibt es im Bericht des Gemeinderats viele Ansätze. Ob Majorz oder Proporz ist eine Frage. Der von Mike Lauper aufgeworfene Aspekt, was passiert, wenn keine Listenverbindungen vorhanden sind, ist eine andere Frage. Implizit steht die Haltung im Raum, dass mit Listenverbindungen nicht unbedingt die besten, fähigsten und kompetentesten Personen gewählt werden. Man mag den Gemeinderat hie und da für seine Haltung kritisieren; niemand hier im Saal ist – so denke ich – der Ansicht, dass der Gemeinderat aufgrund der Listenverbindungen nur „zweite Garnitur“ ist.

Zu einem ähnlichen Schluss gelangt auch die Stimmbevölkerung. Die BDP hat ihr Anliegen der Stimmbevölkerung unterbreitet und musste feststellen, dass zu wenig Unterstützung vorhanden war. Man wird den Eindruck nicht ganz los, dass hier ein Problem gelöst werden soll, das nur der BDP-Fraktion auf den Nägeln brennt. Im Bericht des Gemeinderats ist aufgeführt, dass es nicht das beste oder gerechteste Wahlsystem gibt, sondern es gibt ein Wahlsystem, das plus-minus den Ansprüchen gerecht wird.

Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass das hier Vorhandene sich durchaus bewährt hat, durchaus die Meinung der Bevölkerung abbildet und deshalb folgt sie dem Antrag des Gemeinderats auf Ablehnung der Motion.

Fraktionssprecher Casimir von Arx (Mitte-Fraktion): Das Wahlsystem ist ein zentrales technisches Element der Demokratie. Es ist wichtig, dass das Wahlsystem verstanden und von der Bevölkerung getragen wird. Das geltende Wahlsystem darf immer hinterfragt werden. Ein gutes Wahlsystem hält dem Stand, weil es begründbar ist. Die Aussage jedoch, dass sich ein Wahlsystem bewährt habe, ist keine ausreichende Begründung, vor allem dann nicht, wenn sie von der Mehrheit im entsprechenden Gremium kommt. Wenn aufgrund einer vertieften Analyse Verbesserungsmöglichkeiten im Wahlsystem festgestellt werden, darf das System ruhig angepasst werden.

Heute liegt der Vorschlag auf dem Tisch, im Könizer Gemeinderat das Proporzsystem beizubehalten, aber Listenverbindungen zu verbieten. Damit würde in der Gemeinde Köniz für den Gemeinderat das Wahlsystem der Stadt Bern übernommen. Der Vorschlag wird von den Motionären mit verschiedenen Zielen begründet.

Die Mitte-Fraktion ist der Ansicht, dass mehrere dieser Ziele – ob man sie teilt oder nicht – mit der Motion nicht erreicht werden können.

Punkt 1: Es liegt im Wesen einer Proporzwahl, dass nicht unbedingt jene gewählt werden, die die meisten persönlichen Stimmen erhalten. Bei einer Proporzwahl wird in erster Linie eine Partei oder Liste gewählt und nur in zweiter Linie Personen.

Die persönlichen Stimmen spielen nur innerhalb der Liste eine Rolle. Aus diesem Grund erstaunt mich jeweils, wenn nach einer Proporzwahl Ranglisten veröffentlicht werden, auf welchen Kandidaten aller Parteien durcheinander gemäss ihrer persönlichen Stimmenzahl sortiert sind. Ein solcher Vergleich ist bei einer Proporzwahl nicht aussagekräftig und deshalb nicht relevant.

Punkt 2: Es gibt leider kein Wahlsystem auf der Welt, das garantiert, dass die kompetentesten, vertrauenswürdigsten und führungsstärksten Personen gewählt werden. Aber auch wenn es dieses Wahlsystem gäbe, dürfen wir nicht vergessen, dass es bei politischen Wahlen zu einem grossen Teil um ein weiteres Kriterium geht: Um die politische Ausrichtung.

Punkt 3: Auch in einer Proporzwahl ohne Listenverbindungen ist letztlich nicht klar, wem die Stimme zugeschlagen wird. Wenn ich beispielsweise entscheide, dass ich meine Stimme Andreas Lanz gebe, kann es sein, dass ich damit trotzdem bewirke, dass Thomas Frey gewählt wird. Es handelt sich hier um einen graduellen Unterschied. Bei Listenverbindungen ist die Auswahl an Kandidierenden, die indirekt profitieren könnten, etwas grösser. Wichtig ist aber, dass Listenverbindungen auf den Wahlzetteln aufgeführt sind, wie dies in der Gemeinde Köniz der Fall ist, und dies im Klartext und nicht nur mit den Listennummern.

Die Mitte-Fraktion sieht hier keinen Grund für den vorgeschlagenen Systemwechsel. Sie räumt aber ein, dass das vorgeschlagene System ebenfalls funktionieren kann. Die Stadt Bern, wo gemäss dieser Motion gewählt wird, steht immer noch. Falls die Mehrheit hier einen Systemwechsel wünscht, wollen wir dem nicht im Weg stehen.

Beim Thema Wahlsystem gibt es aber einen anderen Aspekt, der uns wichtiger erscheint: Das Sitzzuteilungsverfahren. In der Gemeinde Köniz wie auch in der Stadt Bern wird das sogenannte Divisorverfahren mit Abrundung angewendet. Im Antrag des Gemeinderats ist dies als Hagenbach-Bischoff-Verfahren bezeichnet. Dieses Verfahren beinhaltet bekannter- und anerkanntermassen systematische Verzerrungseffekte, die z. B. in der Stadt Bern dazu führten, dass die RGM-Liste mit gut 60 Prozent der Stimmen 80 Prozent der Gemeinderatssitze holen konnte und so der FDP-Vertreter aus dem Gemeinderat bugsiert worden ist. Das ist mit anderen Sitzzuteilungsverfahren nicht der Fall. Vom Hagenbach-Bischoff-Verfahren kommt man deshalb vermehrt ab. Das sollte nach den Wahlen in der Gemeinde Köniz vertieft angeschaut werden und zwar unabhängig vom Resultat; deshalb halte ich dies vor den Wahlen fest.

Zu Thomas Frey: Gemäss meiner Beobachtung fällt die Mitte-Fraktion, entgegen seiner Aussage, nicht dadurch auf, dass wir besonders viel Ausreisser oder uneinheitliche Stimmen haben. Im Weiteren ist auch zu beobachten, dass Gemeinderatsmitglieder, die nur eine einzelne Partei im Rücken haben, nicht unbedingt die Haltung dieser Partei zu teilen scheinen.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Ich habe mir vorgenommen dass ich mich während des Wahlkampfs nie zu einem Wahlgeschäft äussern werde. Hier liegt Ihnen eines vor, das durch den Gemeinderat verabschiedet worden ist. Es ist unbestritten und deshalb bitte ich Sie, dem Antrag des Gemeinderats auf Ablehnung der Motion zu folgen.

Beschluss

Die Motion wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: Offensichtliches Mehr

10. 1710 Interpellation (SVP) "Arbeitsvergabe in der Gemeinde Köniz"

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Heinz Nacht (SVP): Zuerst danke ich dem Gemeinderat für die sachlich guten Antworten. Die Idee des Ganzen ist, dem Gemeinderat, aber auch dem Parlament, einige Gedanken in Bezug auf die Vergabe-Thematik mitzugeben.

Zu Frage 1: Hier war die Frage, ob der Anfahrtsweg bei der Arbeitsvergabe eine Rolle spielt. Gemäss Antwort des Gemeinderats wird dieser Punkt sehr wenig gewichtet, wenn überhaupt. Dazu halte ich fest: In der Schweiz sind zu viele Autos unterwegs und vielleicht hat dies seinen Grund darin, dass der Handwerker aus Adelboden in Schliern Leitungen realisiert. Vielleicht könnte dem, wenn dieser Punkt nur ein wenig mehr gewichtet würde, etwas Abhilfe geschaffen werden.

Zu Frage 2: Es geht darum, ob das Kriterium „Betriebe bilden Lehrlinge aus“ gewichtet wird. Schade, dass dieses Kriterium bei der Gewichtung überhaupt keine Rolle spielt. Vielleicht könnte auch dieses Kriterium mit einer etwas stärkeren Gewichtung mithelfen, dass Betriebe die so vorgehen, für etwas belohnt werden, das in meinen Augen sehr wichtig ist.

Zu Frage 3, ob die Bezahlung von AHV, Steuern, Pensionskasse und MwSt eine Rolle spielt, hält es die Gemeinde wie viele andere – nicht aber wie der Kanton oder die Stadt Bern –, jeder muss einen entsprechenden Beleg bei der Offerteinreichung beilegen. Ob das gut ist oder nicht, wollen wir hier nicht diskutieren.

Mein Fazit: Von der Antwort des Gemeinderats erklären wir uns als befriedigt. Wir sehen aber, dass es in der Gemeinde Köniz keine Rolle spielt, ob Lehrlinge ausgebildet werden oder nicht. Wir sehen auch, dass das hier ansässige, Steuern zahlende Gewerbe auch nicht den Hauch eines Vorteils erhält. Wir sehen auch, dass ein kurzer Arbeitsweg keine Rolle spielt, auch wenn in Bezug auf den Umweltschutz hier etwas zu holen wäre. Ich habe nun gelernt, dass ich ein nächstes Mal Diskussion verlangen muss, damit ich meine ganze vorbereitete Rede halten kann.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

11. Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden neu eingereicht:

1722 Motion (SVP, FDP, BDP) „Untersuchung der Vorkommnisse an der Musikschule Köniz“

1723 Interpellation (Grüne, Mitte-Fraktion, SP) „Krisenbewältigung Musikschule Köniz“

1724 Interpellation (BDP) „Aktueller Zustand des Jugendparlaments“

Heinz Nacht (SVP): Am 5. November 2017 findet der grösste Könizer Sportanlass statt und das Schöne daran ist, dass es sich um einen Familienanlass handelt: Die GurtenClassic. Ich habe zwei Bitten: In den Unterlagen, die aufliegen, ist eine schöne Könizer Karte enthalten. Es wäre doch cool, wenn bei den Sponsoren im nächsten Jahr die Gemeinde Köniz irgendwo aufgeführt wäre.

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Für die Agglomerationstagung vom 10. November 2017 ist bis anhin ein Parlamentsmitglied angemeldet. Weitere Anmeldungen werden heute noch entgegengenommen.

Per E-Mail haben Sie einen Link auf eine Umfrage zu den Dienstleistungen der Fachstelle Parlament erhalten. 22 Mitglieder haben den Fragebogen beantwortet, herzlichen Dank dafür. Die Umfrage kann noch bis morgen, 19. September 2017 beantwortet werden. Es wäre schön, würde davon Gebrauch gemacht.

Damit sind wir am Schluss der Parlamentssitzung. Zu Beginn habe ich darauf hingewiesen, dass es sich um die letzte Sitzung vor den Gemeindewahlen handelt. Ich wünsche allen viel Erfolg und wir sehen uns spätestens im November an der nächsten Parlamentssitzung.

Im Namen des Parlaments

Andreas Lanz
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament